

LOUIS FISCHER

DER KRIEG IN SPANIEN

Bücherei gestiftet der S. P. D.
von Walter Wenderich
New York, N. Y. - Oktober 1947

A377777

ÉDITIONS
IMRIMERIE COOPÉRATIVE ÉTOILE
18-20, Rue du Faubourg du Temple
PARIS

P 1.16216

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

I. DIE URSACHEN DES BUERGERKRIEGES.

1. DIE SOZIALE GRUNDLAGE.

Die jetzige Militärrebellion gegen die legale spanische Regierung ist nichts anderes als der Versuch, jene Kräfte zu zerstören, die aus Spanien eine moderne fortschrittliche Nation machen wollen.

Vor garnicht so langer Zeit beherrschte Spanien Teile der Vereinigten Staaten und grosse Gebiete in ihrem Süden. Mit den spanischen Entdeckern und Eroberern drang die spanische Kultur, der spanische Einfluss über alle Meere. Spanien war Herrin über ausgedehnte Länder, eine starke und reiche Macht. Inzwischen ist es zu einer drittrangigen Nation herabgesunken. Aber sein Volk ist immer noch so unternehmend wie im Zenit seines Ruhmes. Noch immer ist seine strategische Lage am Atlantischen Ozean und am Mittelländischen Meer ausserordentlich günstig. Seine Naturschätze sind reicher als die Italiens. Und doch ist es ein unglückliches Land geworden, erschreckend arm und rückständig. Irgendeiner muss aber an diesem Rückschritt schuld sein. Wer sonst als die Leute, die Spanien in den letzten Jahrhunderten regiert haben? Und eben diese regierenden Schichten waren die Urheber und sind noch jetzt das Rückgrat der Rebellion gegen die spanische Regierung. Während England eine industrielle Revolution hinter sich hat und Frankreich seine grosse politische, haben die spanischen Grundbesitzer den Zeiger der Uhr angehalten. In mancher Hinsicht ist Spanien noch ganz mittelalterlich, ein zaristisches Russland im Jahre 1937.

Die unblutigen Niederwerfungen der Monarchie im Jahre 1931 war ein Versuch, das Mittelalter endlich auszulöschen und das zwanzigste Jahrhundert in Spanien einzuführen. Das aufgeklärte Bürgertum, die Intellektuellen, die Bauern und die Arbeiter, alle taten sich zusammen, um ihr Land von dem Spuk des Mittelalters zu erlösen. Obgleich das physisch und geistig verkommene Haus der Bourbonen, unfähig zu dem geringsten Widerstand, sich ruhig auf den Abfallshaufen der Geschichte kehren liess, war die Republik doch zu schwach, vielleicht aus Unentschiedenheit, um die soziale Grundlage zu zerstören, auf der die Monarchie beruht hatte. Die feudalen Edelleute nahmen die äussere Form der Republik einfach an, um ihren Inhalt desto besser zu vernichten. Sie verhinderten jede Reform, die die soziale Beunruhigung vermindert und den Lebensstandard erhöht hätte. Das brennendste Erfordernis war gewiss, das Los der Bauern zu bessern, die in Wahrheit Leibeigene waren. Ich besuchte andalusische Dörfer im Jahr 1934, wo kein einziger Bauer eigenes Land besass. Ganze bäuerliche Gemeinden hatten weder ein einziges Pferd, noch Kuh, noch Schaf, noch Schwein. In dem Dorf Pueblo del Rio, eine halbe Stunde von der bevorzugten Touristenstadt Sevilla, sagte ein Bauer zu mir: „Heute esse ich meine Katze auf, und das wird das erste Mal nach sechs Monaten sein, dass ich Fleisch anrühre.“ Die Pächter lebten in Lehmhütten auf blosser Erdboden und ohne Tische. Tische wären auch völlig überflüssig gewesen, denn sie setzten sich niemals zu einer Mahlzeit nieder. Ihre eintönige Nahrung bestand aus Linsen, zuckerlosem Kaffee und Brot. Zehntausende spanischer Bauern lebten seit Jahrzehnten im Zustand halber Hungersnot. Ganze Dörfer ernährten sich von abgekochten Gräsern und Wurzeln. Wenn jemand über Land fuhr, dann konnte er Hunderte von Familien in Erdhöhlen wohnen sehen, ihren ständigen

Heimstätten. Es ist eine wohlbekannte Tatsache, dass diese niedrige, fast tierische Existenz viel Landbewohner geradezu verblödet oder verwildert hat.

Die Republik stand vor der Aufgabe, diese Lebensbedingungen zu ändern. Zu 72 Prozent war Spanien ein Agrarland, woraus man schon seine Unentwickeltheit und Rückständigkeit sieht. Es war ein Land reicher und armer Müssiggänger, fetter Grossgrundbesitzer und ausgemergelter Bauern. 1 Prozent seiner Bevölkerung besass 51,5 Prozent seiner Erde, während 40 Prozent überhaupt kein Land besassen.

1925 veröffentlichte Dr. Fernando de los Rios, der spätere spanische Botschafter in den Vereinigten Staaten, in der Juninummer der „International Labor Review“ die Ergebnisse seiner Untersuchungen über die bäuerlichen Lebensverhältnisse in einem Bezirk, der ein Drittel Spaniens umfasst. In Galizien, schrieb er, „ist die Bauernschaft nicht nur arm, sondern geradezu ausgehungert.“ In dieser Provinz, die einen Flächeninhalt von 2.900.000 Hektar umfasst, gab es 2.500.000 kleinbäuerlicher Stellen, wovon wenige mehr als einen Hektar pro Familie hatten, während der Unterhalt einer Familie zehn bis zwölf Hektar erfordert. Der untersuchte Flächeninhalt von 17.000.000 Hektar war in 6.130.000 Stellen aufgeteilt — also weniger als 3 Hektar pro Stelle, aber 514 Grossgrundbesitzer allein in der Provinz Caceres besassen 566.415 Hektar.

Die Kluft zwischen den oberen und unteren Klassen war ungeheuer. Millionen hatten nicht einmal ein Fleckchen Land, um Kartoffeln zu ziehen, aber der Herzog von Medinaceli besass 79.250 Hektar, der Herzog von Penaranda 42.260, der Herzog von Alba 36.298, der Marquis von Comillas 17.331, der Herzog von Lerma 10.352 und so geht es weiter auf einer langen Liste erlauchter und weniger erlauchter Grundbesitzer, die aus ihren schlecht bewirtschafteten Besitzungen Einkommen ge-

nug zogen, um ein verschwenderisches Leben in Madrid oder Paris oder London zu führen, während sich die nur kümmerlich durchschlugen, die dieses Land bebauten. In verschiedenen spanischen Provinzen gab es noch Gesetze, die den Gebrauch von Maschinen verboten. Obwohl gar manche Flüsse wasserreich waren und ganze Provinzen der Bewässerung bedurft hätten, geschah garnichts in dieser Hinsicht.

Die Geschichte forderte von der spanischen Republik, diesen Bann um den Fortschritt endlich zu brechen. Sie musste den landwirtschaftlichen Ertrag steigern, und indem sie so aus dem Pächter einen ergiebigeren Nutzniesser städtischer Erzeugnisse machte, auch das Wachstum der Gebrauchsideustrie fördern. Durch die Lösung der Agrarfrage konnte Spanien endlich eine fortschrittliche und reiche Nation werden.

2. DIE REAKTION BEKAEMPFT DIE REPUBLIK.

Diese Aufgaben waren dringend, aber die Republikaner gingen langsam und vorsichtig vor. Sie wussten wohl, welche Opposition sie von den Landbesitzern zu erwarten hatten. Ich sprach über diese Frage im März 1934 mit Manuel Azaña, der Spaniens Premierminister zwischen Oktober 1931 und September 1933 gewesen ist. Ein Wechsel in den Agrarverhältnissen, sagte er, ist die wichtigste Frage, vor die die Republik gestellt ist. Im Amt aber brauchte er gleichwohl anderthalb Jahre, um ein neues Agrargesetz herauszubringen. Er gab als Erklärung an, dass die feudalen Grundbesitzer seinen politischen und religiösen Reformen einen solchen Widerstand entgegengesetzt, dass er nicht wagte, in der Bereich der Wirtschaftsreform vorzudringen, der noch wesentlicher war und dadurch noch gefährlicher. Und das Ergebnis? Im Jahre 1934, drei Jahre nach der

Gründung der Republik, hatten noch keine 10.000 Bauern vom Staate Land erhalten.

Solange Azaña an der Macht war, hob er die Einkünfte der Landarbeiter auf gesetzlichem Wege. In dem Augenblick, in dem ihn die Reaktion gestürzt hatte, wurden die Löhne gesenkt. Die Republikaner hatten öffentliche Arbeiten unternommen, um die Arbeitslosigkeit zu verringern. Unter ihren Amtsnachfolgern wurden sie abgebrochen. Am 7. März 1934 erklärte mir Largo Caballero, der spätere Premierminister: „Unter der Republik erhielt Spanien die beste soziale Gesetzgebung der Welt, aber das jetzige Lerroux-Kabinett hat daraus einen toten Buchstaben gemacht.“ Was ein republikanisches Ministerium unternommen hatte, wurde sofort durch die verkappten Monarchisten ausser Kraft gesetzt. „Ich selbst hielt mich an die Legalität gebunden“, erklärte mir Azaña 1934, „doch machten die Rechten stets Einwände.“ Die Aristokraten, die Landedelleute und die OffiziersklIQUE verstanden nicht, dass bescheidene Reformen, die die Bauernschaft beruhigten, die herrschenden Schichten vor dem Untergang hätten retten können. Sie verschlossen ihre Ohren jenem Ruf, der die Republik aufgebieten hatte, um die spanische Frage zu lösen.

So sonderbar es ist, die kleine Schicht der spanischen Industriellen stützte die reaktionäre Position, die die Grundbesitzer einnahmen. Die Industrie hätte doch eine Bodenreform begrüßen sollen, die für ihre Erzeugnisse einen heimischen Markt geschaffen hätte. Aber sie glaubte, dass mehr zur Debatte stand als Wirtschaftsfragen. Sie fürchtete, dass es der besitzenden Klasse ihr politisches Vorrecht rauben könnte, wenn man der Bauernschaft Land gewährte. Die Fabrikanten, an denen es doch gewesen wäre, die Republik in ihren Versuchen zu ermutigen, durch eine friedliche Revolution das Land zu bereichern, verban-

den sich mit den rückwärts blickenden Grundbesitzern, um alle Verbesserung und Reform zu verhindern. So wurde der eigentliche Zweck der Republik zunichte gemacht. Die Monarchisten drohten, die Republik in Beschlag zu nehmen und ihr ihren eigenen Willen aufzuzwingen. Das Volk verlor jeden Glauben in das neue Regime. In den Dörfern von Andalusien fragte ich 1934 die Bauern, was ihnen die Republik gebracht habe. Sie erwiderten: Garnichts. Eine Frau schrie laut: „Verflucht sei die Republik!“

„Auf was hofft Ihr?“ fragte ich.

„Wir warten nur auf den Tod“, antworteten sie.

„Warum nehmt Ihr Euch nicht das Land?“, fragte ich dann.

„Unsere Antwort hat nur zwei Worte“, erwiderte ein politischer Führer in dem Dorf Pueblo del Rio, „Guardia Civil“. Sie fürchteten die Polizei. Die Rechte regierte durch den Terror. Sie liess sich durch Prinzipien führen, die der Republik vollkommen entgegengesetzt waren, ihrer Verfassung, ihrem Grundgesetz.

Im Oktober 1934 explodierte die Empörung der Arbeiterschaft. Ein Aufstand brach aus in Asturien, im nordspanischen Bergwerksbezirk. Die reaktionäre Regierung schlug den Aufstand mit marokkanischen Truppen nieder, die sie aus Afrika hatte kommen lassen. „Die Rechte unterdrückte den asturischen Aufstand“, sagte Azaña, „mit einer Grausamkeit, für die es in der Geschichte keinen Vergleich gibt.“

Die Unzufriedenheit wuchs im Land. Die wirtschaftliche Lage wurde immer schlechter. „Die finanzielle Lage des Landes“, erklärte Azaña, „war katastrophal und die ganze soziale Ordnung im Zusammenbruch begriffen.“ Die schwergeprüften Millionen der Land- und Stadtarbeiter verzweifelten an der Politik und an der parlamentarischen Regierung. Sogar reformistische Sozialisten, deren ganze Laufbahn auf eine Ablehnung

der Revolution aufgebaut war, begannen nun zu sehen, dass Spaniens einziges Heil in einem gewaltsamen Ausmerzen der Monarchisten lag, die die Republik entmannt hatten. Bürgerliche und sozialistische Republikaner begriffen jetzt, dass ein Ausbruch der Volkswut sie alle verschlingen konnte, wenn kein Hoffnungsstrahl für die bäuerlichen und städtischen Massen mehr schien. Wenn sich die Republikaner nicht selbst zu einer wahren politischen Aktion fähig zeigten, dann bestand die Gefahr des spontanen, bäuerlichen und städtischen Aufbruchs, der durch eine unbarmherzige Regierung sofort im Blut erstickt wurde. Durch die Notwendigkeit angespornt, und belehrt durch das traurige Schicksal der in sich uneinigen Demokratien Deutschlands, Oesterreichs und anderer Länder, bildeten spanische Republikaner aller Färbungen eine einheitliche Front und schritten am 16. Februar 1936 zu den Wahlen, um ein neues Parlament zu wählen. Fast zu ihrer eigenen Ueberraschung gelang es der Volksfront, die Mehrheit der Regierungssitze in der Cortes zu gewinnen. Die jetzige loyale Regierung ist das Kind dieser gesetzlich gewählten Cortes.

3. DIE VOLKSFRONT AN DER MACHT.

In den Wahlen vom 16. Februar und in zahlreichen Ergänzungswahlen, die am 1. März stattfanden, erhielt das Volksfront-Programm 4.206.156 Stimmen gegen die 3.783.601 der rechten Parteien und die 681.047 der mittleren Parteien. (Nach der Militärrebellion sympathisierte ein Teil der Mitte mit der loyalen Regierung.) In den Cortes war die Verteilung der Sitze: 258 für die Volksfront; 152 für die Rechte; 62 für die Mitte.

Die Volksfront gewann diesen Sieg, obgleich unzählige Anarchisten, die heute die breiteste Anhängerschaft

der Regierung stellten, aus ihren antipolitischen Prinzipien heraus, den Wahlen fern blieben. Sie gewann, obwohl vor und während der Wahl eine reaktionäre Regierung an der Macht war, in einem Land, wo Wahlterror eine hochentwickelte Kunst ist. Sie gewann gegen die scharfe Opposition der hohen katholischen Geistlichkeit; hatte doch zum Beispiel der Bischof von Barcelona während der Wahlkampagne erklärt: „Es ist sündig, für die Volksfront zu stimmen. Für die Konservativen stimmen, heisst für Christus stimmen.“ Der Erzbischof von Toledo empfahl seinen Gläubigen, „für die katholischen Kandidaten zu stimmen, denn nur dadurch erfreut Ihr den Heiligen Vater“.

Trotz dieser mächtigen Hindernisse trug die Volksfront den Sieg davon, und gleich danach wurde ein neues Kabinett gebildet, das völlig aus liberalen bürgerlichen Republikanern bestand, sich aber im Parlament auf die Sozialisten und Kommunisten stützen konnte. Manuel Azaña wurde wieder Premierminister. Die Haltung der Reaktionäre gegenüber dem Sieg der Volksfront wurde durch General Franco selbst in einer Unterredung erläutert, die er in Tetuan mit dem Vertreter der Londoner „News Chronicle“ hatte (am 29. Juli 1936). „Stellen die Februarwahlen den Willen der Nation dar?“, fragte ihn der Korrespondent. „Das tun Wahlen nie“, erwiderte Franco.

Die neue Regierung Azaña wurde zur Macht gebracht durch eine Woge mächtiger Unzufriedenheit der werktätigen Massen. Sie hatte den Auftrag, radikaler zu arbeiten als ihre Vorgängerin. Das Volk bestand auf durchgreifenderen Massnahmen, um sein Los zu verbessern, aber die Reaktionäre blieben nach wie vor blind vor diesen Tatsachen. Und die zweite Regierung Azaña blieb bei der Rolle, einen Puffer zu spielen zwischen der Ungeduld der Massen und den widerspenstigen Grossgrundbesitzern samt deren Verbündeten.

Azaña ist ein redlicher Mensch von hoher Kultur. Er ist in dem berühmten Escorial-Kloster erzogen worden. Er wurde ein bekannter Jurist und ein führender Intellektueller. Er ist der Verfasser verschiedener Theaterstücke, dreier Romane, seiner eigenen Jugendgeschichte „Der Garten der Mönche“, die man zu den Juwelen der spanischen Sprache rechnet, und einer Uebersetzung des Engländers Borrow „Die Bibel in Spanien“. Er ist also eine so ausgeglichene Einheit von Schriftsteller und Politiker, dass er sehr wohl die eine Rolle für die andere vertauschen könnte. Als ich ihn am 4. April 1936 interviewte, war meine erste Frage: „Werden Sie noch hier sein, wenn ich nach einem Jahr zurückkomme?“

„Natürlich“, erwiderte er, „wenn mir die Politik nicht zu langweilig wird.“

Als er zum zweiten Mal im Februar 1936 Premierminister wurde, nahm er eine feste Position ein. Ihre Stärke lag in der Tatsache, dass er, wenngleich ein Verbündeter der Sozialisten und Kommunisten, doch auch die letzte Hoffnung des Bürgertums darstellte. Die Besitzenden Klassen wünschten gar nicht, ihn zu verdrängen, weil er ein starkes Bollwerk gegen den Sozialismus war, und die Bauern und Arbeiter ertrugen ihn, weil sie noch zu schwach für einen unmittelbaren Kampf mit dem Bürgertum waren. Taktisch war diese Lage gut; doch sie verurteilte Azaña zu einer Politik ohne jede Initiative, denn durch sich selbst hatte er keine politische Kraft. Seine Partei war zahlenmässig klein; sie bestand aus Regierungsbeamten, Berufspolitikern und Geschäftsleuten. Infolge der Unentwickeltheit der spanischen Wirtschaft war die Mittelklasse zu schwach, um als Puffer oder Brücke zwischen der unterdrückten und der unterdrückenden Klasse zu dienen. So zwar zwischen ihnen nur wenig Kontakt und Verständnis. Azaña versuchte, seiner Lage dadurch gerecht

zu werden, dass er so wenig wie möglich handelte, aber er kam wahrscheinlich zu spät. Während die Grossgrundbesitzer immer noch so unzugänglich und widerspenstig wie je waren, begannen die Bauern schon mit der Selbsthilfe. „Hunger und Arbeitslosigkeit“, schrieb der Madrider Korrespondent der konservativen Londoner „Times“, „treiben die Einwohner (der bäuerlichen Distrikte) zur Verzweiflung.“

Die Bewegung begann in der ausgedehnten und armen Provinz Caceres. Hier war es, während Azañas erster Amtsperiode als Premierminister, einigen tausend jungen Junteros — Besitzern eines Maulesel-paares, aber ohne Boden — erlaubt worden, einen Teil der unbenutzten Besitztümer reicher Grundbesitzer zu mieten. Aber 1934-35, als Gil Robles-Lerroux' reaktionäre Kräfte die Regierung kontrollierten, wurden diese Junteros wieder weggetrieben. Nach dem Wahlsieg der Volksfront fühlten sich die Bauern ermutigt, und in der Provinz Caceres unterbreiteten sie der zuständigen Stelle des offiziellen Instituts für Agrarreform ein Ultimatum: „Wenn ihr uns nicht in 48 Stunden Land gebt, werden wir es uns selbst nehmen.“ Am 7. März 1936 verbreitete Señor de la Fuente, der Chef der Zweigniederlassung dieses Instituts in Caceres, ein Rundschreiben, worin die Besitzer aufgefordert wurden, den landlosen Bauern etwas Land zu verpachten. Als ich mit de la Fuente in Caceres im April sprach, hatte er noch keine einzige Antwort erhalten. Daher zogen die Bauern fünf Tage, nachdem die Rundfrage dieses Instituts im Umlauf war, mit ihren Maultieren zu den Ländereien der Grossgrundbesitzer, und jeder von ihnen bezeichnete für sich selbst eine kleine Parzelle, um sie zu bebauen und dafür Pacht zu zahlen.

In der Nachbarprovinz Badajoz, dicht an der portugiesischen Grenze, waren die wirtschaftlichen Bedingungen sogar noch schlechter als in Caceres. Das Ge-

biet hatte 702.000 Einwohner (175.000 Familien), von denen 80 bis 90 Prozent von Ackerbau lebten. Der Landbesitz war ausserordentlich konzentriert; 2.946 Besitzern gehörte 40 Prozent der Gesamtfläche dieser Provinz. Eigentlich gehörten gar keine Eigentümer zu der Klasse, die zwischen zwei und fünfzig Hektar besass; es gab also in anderen Worten überhaupt keine bäuerliche Mittelklasse. Es gab nur Besitzer ungeheurer Latifundien und die elenden Junteros. Am 25. März versammelten sich die Bauern von 150 Dörfern von Badajoz um fünf Uhr morgens mit ihren Gerätschaften, um feierlich durch das Los zu entscheiden, welche Junteros zu welchen Ländereien gehen sollten. Keine Gewalttat und kein Widerstand zeigte sich bei dieser Gelegenheit. Die Beamte waren jetzt Sozialisten, und sie schlossen die Guardia Civil in die Kasernen ein. Die Junteros zogen Furchen um ihre einzelnen Felder, und da und dort zeigten sie öffentlich ihre Landbesetzung an. Das Land gehörte aber noch immer den Besitzern und war nur in Pacht genommen. Die Pacht wurde dem Besitzer durch das Regierungs-Institut für Agrarreform ausgezahlt, das dem Unternehmen der Junteros Gesetzeskraft gab.

Auf diese Weise hatten sich binnen zwei Monaten 41.499 Junteros auf 1.502 Ländereien angesiedelt, die 105.090 Hektar der Provinz Badajoz umfassen, während 24.702 Junteros sich auf 948 Ländereien niederliessen, die 59.621 Hektar in Caceres umfassen. In anderen Provinzen war die Landreform im Frühjahr 1936 noch kaum im Gange.

Im April besprach ich die neue Lage mit dem Premierminister Azaña. „Ob diese Veränderungen“, fragte ich, „nicht die Kapitalisten in den Städten stärken, da sie doch den bäuerlichen Markt für industrielle Erzeugnisse stark erweitern?“ „Ja“, erwiderte er freimütig,

„sie werden gewiss die städtische Bourgeoisie stärken. Aber diese Bourgeoisie ist ja nicht antirepublikanisch.“

Señor Ruiz-Funez, Azañas Landwirtschaftsminister, teilte diese Meinung. „Die neue Regierung“, sagte er, „hat kein Land beschlagnahmt. Die Junteros sind nur als Pächter angesiedelt worden.“ 1936 plante die Regierung, Land an 80.000 Pächter zu vermieten. „Diese Art der Bodenreform, den Junteros Land zu verpachten“, sagte Ruiz-Funez, „wird die Tendenz schwächen, die zum Sozialismus hinneigt.“ Das war nach der Meinung der linken bürgerlichen Republikaner die heilsamste Wirkung der Junteros-Bewegung.

Ich wollte nun selbst wissen, wie weit sich die Hoffnungen Azañas und Ruiz-Funez' erfüllten. Während und nach der Periode, in der die Landreform auf dem Höhepunkt war, durchreiste ich auf einer Strecke von 2000 Kilometern Cáceres, Badajoz und sechs andere Provinzen, um allerorts der Bauernschaft den Puls zu fühlen. Die Errichtung der Volksfront-Regierung, besonders aber das neue Anpacken aller Landfragen hatte sie tief aufgewühlt. Auf dem Hauptplatz der kleinen Stadt Cáceres sprach ich drei Junteros an. Echte Gebirgler, in schwarzen zerflickten gerippten Samt gekleidet und mit riesigen schwarzen Sombreros. Sie kamen aus dem Dorf Malpartida de Cáceres, wo man gerade 6.000 Hektar Land unter die Bauern verteilt hatte. „Vorher waren wir wie im Gefängnis“, sagte einer von ihnen, „und jetzt haben wir Luft.“ Dabei sollten sie erst im Jahre 1937 ernten und wollten bis dahin ins Bergwerk gehen.

Alle drei waren sie Sozialisten. Sie wussten noch garnicht, was das Land sie kosten mochte, ja nicht einmal, ob sie es halten konnten oder ob sie etwa noch mehr erhielten. Aber sie hatten jetzt jedenfalls Land, und darüber waren sie froh. „Der Anfang ist gemacht“, sagte der Jüngste.

Auf der Strasse nach Trujillo, wo Francisco Pizarro, der Eroberer von Peru, geboren wurde, hielt ich auf einem Weg an, der durch die Güter des Grafen von Torrearas führte. Ein Mann pflügte gerade. Mit meinen Freunden vom Institut für Agrarreform stieg ich aus dem Auto aus und rief ihn an. Nach echter spanischer Art rief er uns zu, wir möchten ihm auf halbem Weg entgegenkommen. Er nannte sich Facundo Martin, ein Juntero, der Land erhalten hatte, um es als Pächter zu bebauen. Er sagte, seine Lage hätte sich wohl gebessert, die Junteros, die Land erhalten hätten, wären zufrieden. Es sei zwar nicht sein Land, sagte er, „ich arbeite hier bloss, ich hätte sehr gern meinen eigenen Grund und Boden. Ich arbeite mich ja zu Tode, um genug herauszuwirtschaften, damit ich die hohe Pacht bezahlen kann.“ Die Pacht würde wohl ein Viertel bis ein Drittel seiner Ernte ausmachen. Facundo war 24 Jahre alt und unverheiratet. „Zum Heiraten ist das Leben nicht gut genug“, sagte er.

In Barcarrota, einem weissen, sanften Dörflein in Badajoz, kam ich zufällig zurecht zu einem sozialistischen Treffen. Etwa 300 Männer und Frauen waren in der Casa del Pueblo, dem Volkshaus, versammelt, um einen Redner zu hören, der aber noch nicht gekommen war. Mir war die Gelegenheit geboten, der Zuhörerschaft Fragen zu stellen, und ich ergriff begierig diese Gelegenheit. Ich kletterte auf die rauhe hölzerne Tribüne und sagte:

„Warum seid ihr denn Sozialisten?“

„Weil wir die Freiheit brauchen“, erwiderte eine Frau.

„Weil wir nicht verhungern wollen“, fügte eine andere hinzu.

„Esst ihr denn nicht genug?“, fragte ich.

Die Antwort war ein Ausbruch von Gelächter. Ich

hiess die ihre Hand heben, die zweimal die Woche Fleisch zu essen kriegten. Keine Hand hob sich.

„Und wer isst einmal die Woche Fleisch?“

Keine einzige Hand hob sich. Eine Frau stand auf und erklärte mir, ihr regelmässiges Essen bestünde zumeist aus Gemüsesuppe, schwarzem Kaffee, Brot — falls sie welches hätten — und manchmal Sardinen.

„Haben die Kinder Milch?“, fragte ich. Etliche Frauen hatten Säuglinge im Arm, die ihnen an der Brust hingen.

„Ja“, sagte eine, „wenn sie Milch von uns kriegen; aber doch später nicht mehr.“

Ich ging nun zu dem Gegenstand über, der mir am wichtigsten war.

„Habt ihr von der neuen Regierung Land bekommen?“

Ja. Land hatten sie alle bekommen. Sie hofften ja jetzt auch alle auf ein besseres Leben. Aber sie mussten ja etwas essen bis zur neuen Ernte, und sie hatten gar kein Geld. Mehr noch, sie brauchten Geld für Gerätschaften, Tiere und Saatgut.

„Wir haben jetzt Land, aber es ist doch zu wenig für ein vernünftiges Leben“, erklärte ein Mann. Diese Erklärung erntete Beifall.

„Wie ist das nun?“ tastete ich mich voran, „dass dieser Azaña, der doch ein Bourgeois ist, euch Land gegeben hat?“

„Die Sozialisten zwingen ihn!“

„Wir bringen ihn schon dazu!“

„Er muss es eben!“

In solchen Ausrufen steckte der ganze Sinn des Treffens:

„Und werdet ihr jetzt wohl alle kleine Kapitalisten werden?“

Das verursachte grosse Heiterkeit.

„Vielleicht werden wir wirklich mal eines Tages wie Menschen leben und nicht wie Tiere.“

„Und was ist mit den Grossgrundbesitzern?“, fargte ich.

Spöttisches Gelächter. „Die sollen ruhig ein paar Tränen vergiessen, wo wir unser ganzes Leben durch weinten“, meinte eine Mutter.

„Und wenn nun die Rechten wieder an die Macht kommen und euch das Land wegnehmen?“, fragte ich.

„Dann müssen sie uns erst mal totschiagen!“

„Sie dürfen niemals wieder zur Macht kommen.“

„Sie können uns garnicht zwingen, noch weiter zu hungern.“

Wenn man auf diese und ähnliche Art mit den Junteros in Fühlung kam, konnte man folgende Schlüsse ziehen: die Junteros freuten sich, dass sie Land hatten, sie waren jetzt optimistischer, sie hofften, noch Land dazubekommen, und vielleicht noch staatliche Darlehen für Gerätschaft und Vieh. Sie glaubten, die sozialistische Partei, der sie zumeist angehörten, würde ihnen in diesen Dingen helfen. Sie waren nicht mehr in einer Stimmung zu Gewalttaten und Verzweiflungsausbrüchen. Azañas Landreform, die in Provinzen begonnen hatte, wo die Lage am allerspanntesten war, konnte wahrscheinlich den Bauern Hoffnung machen und eine Periode des Friedens und des Ausgleichs auf dem Lande einleiten. Komme, was da wolle, jedenfalls liessen sich die Bauern bestimmt nicht mehr das Land wegriessen, wie ihnen das in der Vergangenheit durch reaktionäre Regierungen geschehen war. Sie würden die Volksfront weiter stützen und den Politikern der Rechten Widerstand leisten.

Ich sass auf einer steinernen Treppe am Hauptplatz von Badajoz und wartete auf meine Reisebegleiter, die in ein Café gegangen waren, und währenddessen

schrieb ich in mein Notizbuch: „Azaña rettet sich selbst, ohne Spanien zu retten. Seine Landreform wird die Junteros zeitweise befriedigen, aber wenig für die Wirtschaft des Landes selbst bedeuten.“ Die Bauernreform versprach wohl, den Lebensstandard langsam zu heben, aber es waren ganz andere Eingriffe nötig, um Spanien zu retten vor dem Elend und vor der industriellen Erstarrung. Azaña und die Leute vom Institut für Agrarreform redeten von Kollektivwirtschaft. In einigen Landesteilen hatten die Bauern ganz aus eigenem Antrieb, und ohne je etwas von der Kollektivwirtschaft in der Sowjetunion gehört zu haben, Zusammenschlüsse organisiert. Die Sozialisten und Kommunisten hatten wenig Vertrauen in Azañas Landreform. Im April 1936 sagte mir Largo Caballero, der sozialistische Führer, dass die Leute, die jetzt Land erhielten, ihre Ernten wohl garnicht verkaufen könnten. 1934 und 1935 hatte es reichliche Ernten im Lande gegeben, während Tausende fast verhungerten. Die äusserste Lösung sei Kollektivierung, erklärte Caballero, aber so weit würde Azaña nicht gehen. Obgleich sie mit Azañas halben Massnahmen unzufrieden waren, unterstützten die Sozialisten und Kommunisten ihn doch weiter. Sie waren seines Misslingens sicher, aber sie hatten Geduld mit ihm; denn das Gespenst der Reaktion erhob sich ja sofort, wenn von Azañas Fall nur die Rede war.

Andererseits beobachteten die Grundbesitzer mit der grössten Missgunst Azañas so milde Landreform. Die feudalen spanischen Barone waren von der alten römischen Auffassung durchdrungen, dass die Rechte auf das Privateigentum nicht die geringste Abweichung vertrugen. Ohne jeden sozialen Sinn, nur darauf bedacht, ihre vererbten Vorrechte und ihren Reichtum gegen alle Zugriffe zu schützen, lief ihnen die Galle über bei dem Gedanken an die Volksfrontregierung und

die Bauernschaft. Während meiner Reise durch Estremadura und Andalusien im Frühling 1936 sprach ich mit vielen satten Grundbesitzern, die die erzwungene Verpachtung an die Junteros als den Anfang vom Ende ansahen, als die Vernichtung des göttlichen Rechtes der Grossgrundbesitzer. Die Grundbesitzer ganz Spaniens sahen in den Ereignissen von Caceres und Badajoz das Vorspiel von all dem, was ihnen bald selbst geschehen konnte. Und dass sie den Massnahmen der Regierung für den Augenblick nichts entgegenzusetzen hatten, das fachte ihren Hass auf diese Regierung umso stärker an. Es war klar, dass die besitzenden Klassen sich nicht leicht einverstanden erklärten mit einer Landreform, die sie selbst als den ersten Schritt zum Sozialismus ansahen. Im März und April dachte die reaktionäre Rechte ohne Zweifel an irgend eine Form des Widerstandes. Man kann sogar jetzt im Lichte der nachfolgenden Ereignisse sich wohl vorstellen, dass sie noch weit mehr taten, als bloss nachdenken. Die Februarwahlen hatten sie zunächst betäubt. Viele ganz berühmte Aristokraten ergriffen tatsächlich die Flucht; sie gingen ausser Landes und verschoben ihr Vermögen, aber in den Zurückgebliebenen waren noch Kräfte genug wirksam: die Republikaner hatten allen Grund zur Wachsamkeit. Caballero drückte das mir gegenüber am 3. April 1936 so aus: „Die Reaktionäre könnten jetzt nur noch durch einen Staatstreich zur Macht kommen“. Die Landbesitzer hatten von jeher Mittel gefunden, um ihre Landarbeiter zu zwingen, für die rechten Parteien zu stimmen. In manchen Dörfern, in denen es drei Grossgrundbesitzerfamilien, aber Hunderte sozialistischer Junteros gab, hatten die Wahlen oft eine Mehrheit für irgend einen konservativen Kandidaten ergeben. Doch jetzt verloren die Edelleute durch die Landreform diese Möglichkeit der Wahlbeeinflussung. Sie waren also nicht nur durch die jüngsten Veränderungen

aufgebracht, sondern fürchteten, da sie doch zahlenmässig wenige waren, dass sie nie mehr ihre politische Macht zurückerhalten könnten. Für sie war der Wahlsieg der Volksfront ein Menetekel.

Am 16. April 1936 schrieb ich aus Barcelona: „Spanien muss endlich seiner Armut und Rückständigkeit Herr werden. Die Bauern und Arbeiter fordern bessere Lebensbedingungen. Diese Forderungen sind von der Rechten, als sie die Macht hatte, einzig und allein mit Terror beantwortet worden. Sie hat dadurch bewiesen, was immer mehr Spaniern klar wird: die Reaktion hat es nicht verstanden, ihr Land zu regieren, und damit dieses Recht verloren. Die Entwicklung ist sehr günstig, und wenn die liberalen Republikaner, Sozialisten und Kommunisten klug vorgehen, dann wird der Wahlsieg, den sie vor zwei Monaten errungen haben, dem Feind die Macht für lange, wahrscheinlich für immer, entreissen. Die Reaktionäre sind die reichen Grossgrundbesitzer, die Kirche, die Monarchisten und die wenigen Grossindustriellen. Sie sind niedergedrückt, verängstigt und unorganisiert. Sie setzen jetzt nur noch Hoffnungen auf einen Staatsstreich mit Hilfe der Armee und der Guardia Civil.“

4. DIE KRAEFTE HINTER FRANCO: GRUNDBESITZER, INDUSTRIELLE, ARMEE UND KIRCHE.

Während des Frühlings 1936 war die Möglichkeit eines solchen Staatsstreichs in aller Munde. Als ich während der ersten Aprilhälfte in Madrid war, gab es öfter falschen Alarm, und Tanks und bewaffnete Trupps durchzogen die Strassen; die Sozialisten und Kommunisten liessen ihre ärmlich ausgestatteten Milizen auf Dächern Posten stehen. Der längst erwartete

Staatsstreich zugunsten des Grundbesitzes und der gesamten Reaktion setzte am 17. Juli 1936 ein. Die Regierung hätte dem zuvorkommen können, es war aber nichts damit.

Vier Kräfte standen hinter dieser Rebellion — die Armee, der Grundbesitz, die Kirche und die Faschisten. Sie wurden unterstützt vom italienischen und deutschen Faschismus. Eine einzige Macht widerstand ihnen: das spanische Volk.

Nach der ernsthaftesten Untersuchung, die in Madrid im Jahr 1932 veröffentlicht und am 15. Januar 1937 im Spanienbericht der amerikanischen „Foreign Policy Association“ zitiert worden ist, gab es in Spanien höchstens 15 bis 20.000 Grundbesitzer, die über 250 Hektar und mehr Land verfügten. Die landbesitzende Klasse Spaniens bestand also samt Familien aus etwa 75.000 Personen. Ihre Gleichgültigkeit zusammen mit der Angst vor dem Ausbruch der Volksmassen hatten ihr eigenes Vertrauen in die eigene spanische Erde untergraben. Sie liessen Weizenerde als Weideplätze benutzen, und wenn sie vom republikanischen Institut für Agrarreform gedrängt wurden, diese Entwicklung abzustellen, so brachen sie gewöhnlich in Klagen aus, die Regierung drohe, ihre Herden zugrundzurichten. Die Grundbesitzer saugten ein Maximum aus der Erde heraus und steckten ein Minimum hinein. Der mittlere Ertrag an Getreide war 806 Kilogramm, was nur ein Viertel des Ertrages ist, den andere Länder in Europa erzielen. Jahrelang wurde überhaupt kein Geld in die spanische Landwirtschaft investiert. Die Güter waren völlig verwirtschaftet durch Verwalter, die zugleich als politische Häuptlinge in den Dörfern befehligten und am Wahltag beeinflussten. Die müssigen, modischen Sprösslinge der Grundbesitzer sassen viel lieber in den Cafés von Paris und Madrid herum, als dass sie auf ihren Feldern in Extremadura gelebt hätten. Die land-

besitzende Klasse verlor ihre Kraft; sie vermehrte ihren Reichtum nicht mehr, aber auch da, wo Güter nur teilweise bestellt wurden, beharrten die Besitzer auf ihren Rechten und widersetzten sich der Verpachtung von Land an landlose Bauern. Diese kleine dekadente Klasse brachte es mehr als irgend eine andere fertig, Spanien in Klammern zu halten.

Die Industriellen, deren Fabriken zumeist in den reichen Städten wie Barcelona und Bilbao lagen, waren die Verbündeten dieser Grundbesitzer. Genau wie in Russland war der industrielle Fortschritt in Spanien pilzartig hervorgeschossen und hatte eine starke Organisierung der Arbeiterklasse zur Folge gehabt. Aber die Fabrikanten fürchteten dieses Kind, das den Ehrgeiz hatte, ihr Totengräber zu werden. Diese Furcht machte sie zu Reaktionären.

Die spanische Armee, ein anderer Machtfaktor der Reaktion, war keine Klasse, sondern eine Kaste, die ihre Wurzel in den besitzenden Klassen des Landes und der Städte hatte. In mancher Hinsicht war die Armee autonom und, wie Gil Robles, der Führer der katholischen Volkspartei, im Jahr 1935 in der Juninum-mer von „Amerika“ geschrieben hat, wird sie autonom sein, wenn Franco siegt. „Diese Armee ist die Urheberin der nationalspanischen Bewegung und ihre zukünftige Hoffnung. Sie ist wahrhaftig unabhängig von allen politischen Parteien, die sie stützen.“ Den Charakter der alten spanischen Armee zeigt ihre Zusammensetzung. Im Jahre 1931, als die Republik ausgerufen wurde, gab es in dieser Armee 21.000 Offiziere, also etwa so viele wie in der deutschen vor dem Weltkrieg; 21.000 Offiziere auf 130.000 Leute. Ein General kam auf 150 Soldaten. Die Armee verbrauchte 30 Prozent des nationalen Budgets. Diese Summe verteilte sich in einem Verhältnis von drei für Ausrüstung und Sold zu zehn für Offiziersgehälter. Wahrscheinlich

wünschte die Militärkaste garnicht, dass Bauern und Arbeiter Soldaten würden, die doch normalerweise die Rekruten hätten sein müssen. Sie war vielleicht überzeugt, dass Spanien durch keinerlei Invasion bedroht sei und selbst in einem grossen europäischen Konflikt zu seinem Nutzen neutral bleiben könnte. Doch die Armee, zu der auch die Fremdenlegion und die Marokkaner rechneten, gab den Offizieren einen solchen Rückhalt, dass sie in der Republik einen ebenso mächtigen Einfluss genossen wie in der Monarchie. Vor 1931 verurteilten Militärgerichte genau so gut Zivilisten wie Soldaten. Das Offiziersstatut war heilig. Alfons XIII. verwendete grosse Summen auf die Armee, die aber allzu oft in die Taschen der Generäle und Armeelieferanten wanderten. Wenn John Hay 1870 beobachtet hat, „dass die spanische Armee vom General bis zum Korporal nach Konspiration riecht“, so gilt das sechs Jahrzehnte später noch genau so. Die Armee war verdorben, unfähig, und sie hielt ihre Treue nur einer solchen Regierung, die die Interessen der Klassen nicht anrührte, aus denen die Offiziere stammten.

Das wusste die Republik auch; sie war aber grossmütig bis zum Wahnsinn. Sie bot allen Offizieren die Pensionierung bei vollem Gehalt an, die nicht mit den republikanischen Grundsätzen einverstanden waren.

8000 Offiziere benutzten die gute Gelegenheit, um völlig müssig zu gehen und in den Cafés herumzuwispern und gegen diese neue Regierung zu konspirieren. Sogar Azañas Volksfrontkabinett duldete die Plagen von Armee und Guardia Civil. Die letztere war eine spezielle Polizeitruppe, ungefähr 30.000 bis 40.000 Mann stark. Kurz vor der Juli-Rebellion entschloss sich die Regierung nur zögernd zu einer schwächlichen Massnahme. Sie versetzte den General Francisco Franco, den Gil Robles zum Generalstabschef ernannt hatte, auf die Kanarischen Inseln und den General Goded auf die

Balearen. Hier konnten sie umso besser auf die Niederwerfung der Regierung sinnen. Bei ihrer Versetzung wurden sie von Madrid gewarnt, den illoyalen Offizieren könnten auch strengere Massnahmen drohen. Sie nahmen diese Warnung zur Kenntnis und bereiteten die Rebellion vor. Sie hatten allerdings der spanischen Regierung und der spanischen Verfassung den Treueid geleistet. Nun sannten sie auf den Sturz dieser Regierung, die gerade durch Volksabstimmung gewählt worden war. Und doch haben manche Ausländer mit ihnen sympathisiert und den spanischen Rebellen geholfen; solche Ausländer, die sonst gar laut über alle herfallen, denen man nachsagt, dass sie Regierungen durch Gewalt stürzen wollen. Dieser Widerspruch wäre wohl interessant genug, um ihm weiter nachzugehen, wenn es jetzt nicht gar zu viel Heuchelei in der Politik gäbe. Die Vorkämpfer für „Recht und Ordnung“ missbilligen alle Angriffe auf Regierungen, die ihren Zwecken entsprechen. Sie spenden aber ihren ganzen Beifall der spanischen Militärrebellion gegen eine Regierung, die ihnen missfällt.

Vom ersten Anfang der Rebellion an war die katholische Kirche in Spanien in reaktionären Diensten. In regierungstreuen Landesteilen unterstützten wohl einige Priester die Regierung aufs zuverlässigste, und im Baskenland haben sich die Katholiken gegen Franco gestellt. Aber im ganzen genommen hat die katholische Kirche Spaniens sich auf die Seite derer gestellt, die durch Gewalt die legale Regierung stürzen wollten. Wenn man die katholische Kirche Spaniens im Licht der Geschichte betrachtet, so hätte einen auch jede andere Haltung überrascht. Unter der Monarchie war die Kirche eine staatliche Einrichtung, ein Teil der Regierung selbst, und jeder Priester vom Erzbischof bis zum kleinsten Dorfpfarrer gehörte ins Staatsbudget. Die Erziehung war ausschliesslich in den Händen der Kirche.

Allerdings gab es in manchen Provinzen 60 bis 70 Prozent Analphabeten, und Spanien war eins der rückständigsten Länder Europas, was die Volksbildung angeht. Auch in den Klöstern und Akademien gab es keine grosse Kultur. Die Kirche war fett und dekadent geworden. In der Oktobernummer 1936 der „Foreign Affairs“ schrieb der Katholik Lawrence A. Fernsworth, der Korrespondent der Londoner „Times“: „Die Kirche war die Verbündete des Staates, aber das Volk sah in der Kirche seine Unterdrückerin, wenigstens empfanden das die ungebildeten und hungernden Massen. Ausserdem beanspruchte die Kirche einen grossen Teil des Volkseinkommens. Die Kirche war überladen von Priestern. Täglich konnte man ihrer 16 bis 20 bei dem bescheidensten Begräbnisse sehen, und jeder sammelte sein Scherflein ein.“

Die katholische Kirche Spaniens war einer der mächtigsten Grossgrundbesitzer und Geschäftsinhaber des Landes. Ihr gehörten Hotels und Fabriken, grosse Geschäfte, Kraftwerke, Zeitungen. Sie hatte ein mächtiges Kapital zusammengehäuft. Ihre Stellung im Staate und ihre Aktivität in der Wirtschaftswelt bestimmte auch ihre politischen Interessen. Und diese wiederum bestimmten die Haltung des Volkes ihr gegenüber. Für das Volk war die Kirche nur eben ein anderer Ausdruck des herrschenden Systems.

José Maria de Semprun Gurrea, ein Mitglied der konservativen Partei und Lektor für Rechtsphilosophie an der Universität Madrid, schrieb 1936 in der Februarnummer der französisch-katholischen Zeitschrift „Esprit“: „Unter der konstitutionellen Monarchie hatte der König und, in seinem Namen, die Regierung, — sozusagen als Restbestand der alten engen Verbindung zwischen Krone und Kirche, — das Recht, die Bischöfe mitvorzuschlagen. Dieses Recht führte zu höchst unerbaulichen Intrigen und zu der ebenso unerfreulichen

Gepflogenheit, Bischöfe sozusagen politisch einzuordnen. So ein Bischof galt dann als Günstling des Ministers X; ein anderer als Günstling des Ministerpräsidenten Y. Dieses System, wenn es auch in sich selbst gesetzmässig war, hatte doch nichts mit der wirklichen Wahl richtiger geistlicher Führer zu tun. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, waren ja die gewählten Männer viel zu sehr in Tagesangelegenheiten befangen, viel zu sehr mit allerlei mächtigen Persönlichkeiten verbunden, mit der ganzen Adelsklasse und der Grossbourgeoisie, auf all den wichtigsten Plätzen des sozialen Lebens. Die Bischöfe verwendeten viel zu wenig Zeit für das Volk selbst und viel zu viel Zeit für Standespersonen. Ihre Welt war weit eher ‚diese Welt‘, und manchmal sogar die ‚Welt der Eitelkeiten‘. Ungeheuer war die Kluft zwischen Kirche und Volk. Die katholische Kirche vernachlässigte ihre Pflichten den Massen gegenüber. Der anglikanische Bischof von Gibraltar schrieb am 26. Februar 1937 in der „Church Times“: „Die römisch-katholische Kirche in Spanien hat krass ihre Aufgabe verfehlt, das Christentum ihrer Nation treu darzustellen.“ In Pueblo del Rio fragte ich im Jahre 1934 unter den Frauen nach, was sie über die Kirche dächten. Sie erwiderten: „Die Kirche tut garnichts für uns. Die Kirche ist für die Reichen da. Wir sind ja Marokkaner“, das sollte bedeuten Ungläubige.

Die Republik fuhr zuerst fort, der Kirche, wenn auch vermindert, Zuwendungen zu machen. Aber sie nahm ihr doch von ihrer Vormacht und verstaatlichte die Erziehung. Solche Verhältnisse bestimmen ja auch die meisten westlichen Länder, und die Katholiken haben sich dort mit ihnen abgefunden. Aber in Spanien wurde die Kirche dadurch aufs heftigste gegen alle freiheitlichen Kräfte der Republik aufgebracht. Die katholische Kirche bekämpfte dort offen und geheim die Republik, vom ersten Augenblick an bis zu Francos Re-

bellion. 1936 sagte mir einmal der Premierminister Azaña, als wir über die Kirchenfrage sprachen: „Wer sich in die Front begibt, den kann auch eine Kugel treffen.“ Die Kirche war konservativ und widersetzte sich der Volksfront. Sie spielte eine politische Rolle. Sie wurde deshalb als ein politischer Gegner angesehen. Die spanische Kirche „erntet Sturm“, heisst es in einem Bericht vom 13. Mai 1937 in der neuundachtzigsten Jahresversammlung der New Yorker Methodisten-Episkopal-Konferenz.

Als die Generäle rebellierten, machte natürlich die katholische Kirche mit ihnen gemeinsame Sache. Von den ersten Tagen des Bürgerkrieges an haben die Bischöfe Francos Truppen eingesegnet, haben Priester in Uniform gegen die legale Regierung gekämpft, hat Franco Kirchen als Festungen und Arsenalen benutzt. Diese Tatsachen sind bewiesen und werden auch garnicht abgeleugnet. G. L. Steer, der bekannte englische Korrespondent, gibt in der „New York Times“ vom 19. Mai 1937 etwa folgendes Beispiel: „Die Rebellen besetzten einen Friedhof und eine Kirche. Um zehn Uhr sah ich in einer Entfernung von etwa 400 Metern ihre Maschinengewehre im Kirchturm postiert.“ Natürlich mussten die legalen Truppen alles tun, um diese Kirche zu zerstören.

Aber sogar vor dem Bürgerkrieg war das Volk der Kirche feindlich gesinnt. Ich, meinerseits, bedauere die Verbrennungen der Kirchen und Klöster in Spanien, aber persönliche Gefühle sind von geringer Bedeutung. Es ist doch eine Tatsache, dass die Spanier ganz spontan religiöse Gebäude zerstörten und Geistliche töteten — wenn ihre Anzahl durch die Sensationspresse auch gewaltig übertrieben wurde —, und diese Tatsache muss man wohl als ein soziales Phänomen werten, das einem zeigt, dass die Kirche in den Gefühlen garnicht verankert war und dass das Volk einen

Angriff auf die Geistlichkeit als einen Teil seiner allgemeinen Verteidigung gegen den Faschismus ansah. Das war unvermeidlich, wenn die Kirche einen Eindruck hinterlassen hatte, als erkläre sie sich völlig eins mit der Reaktion. Anderwärts hat die katholische Kirche und der Vatikan selbst die Rebellion Francos gegen die verfassungsmässige Autorität ganz und gar gebilligt. Das offizielle Organ des Vatikans „Osservatore Romano“ schrieb am 1. Februar 1937: „Noch wissen wir nicht, wann Franco Madrid einnehmen wird. Wir können nur hoffen, dass es bald geschieht.“ Allerorts haben die Katholiken die Stimmung gegen die legale Regierung aufgebracht. Dasselbe geschah in Spanien. Als der Kardinal Hayes von New York meinte, dass ein Triumph der „radikalen Elemente“ in Spanien „eine Bedrohung der ganzen Zivilisation“ bedeuten würde (New York Post vom 11. November 1937), da gab er bloss die noch viel heftigere Haltung seiner spanischen Kollegen wieder.

Diese Haltung der katholischen Kirche wird aber dem Katholizismus in Spanien schaden, wer auch immer den Bürgerkrieg gewinnt. Die katholische Kirche Spaniens streitet für Franco zu ihrem eigenen Schaden. Franco wird in die Geschichte eingehen als der Mann, der Madrids Zivilbevölkerung und das katholische Baskenland bombardiert hat, der die verhassten Marokkaner und ausländischen Heere nach Spanien gebracht hat. Er wird fortleben als der General, der eine Revolte anzettelte, durch die weite Gebiete seines Landes verwüstet und Tausende und aber Tausende von Männern und Frauen und Kindern ermordet wurden. Spanien wird ihm niemals vergeben, selbst wenn er gewinnen sollte. Niemals wird Spanien seinen kirchlichen Mitstreitern verzeihen. Sind doch Francos Hände blutig; die katholische Kirche aber hat ihre eigenen Hände mit solchen Händen verflochten. So wird die katholische

Kirche in Spanien verlieren, was sich auch ferner ereignen mag. Der „Catholic Herald“ drückt es mild aus: „Die Kirche, das ist sicher, wird nichts dabei gewinnen, wenn sie durch Francos Bajonette ihre Macht zurückerlangt. Nur eine geistige Bereinigung, nur eine völlige Wiederbelebung kann die katholische Kirche in Spanien retten.“ (London, 21. August 1936). Man wird bezweifeln, ob eine Kirche, die ihre Gläubigen in das Lager Francos führen möchte, einer solchen geistigen Kraft fähig ist. Der Protestantismus, der einige Anhänger in Spanien hat und von Franco verfolgt wurde, kann vielleicht Nutzen aus dieser Lage ziehen, wenn der Friede wieder hergestellt ist. Aber im allgemeinen wird die Religion gelitten haben. Die Hilfe, die katholische Geistliche dem Rebellen Franco gewährt haben, stiess viele gute Katholiken ab.

Im übrigen Europa hat der Vatikan im Faschismus eine feindliche Weltanschauung erblickt. Er hat den Faschismus in Deutschland bekämpft, aber in Spanien hilft er ihm, ja in Spanien kämpft er Seite an Seite mit den anti-katholischen Nazitruppen. Diese Inkonsequenz wird ihm schwer in der Zukunft zuschaffen machen.

Die Einheit von Kirche, Armee, Industrie und Grossgrundbesitz stellt nur die Minorität des Landes dar. Nichts Gemeinsames wird es je geben können zwischen Franco und den Millionen unterernährter Bauern, zwischen Francos Finanzberater Juan March und den radikalen Arbeitern von Bilbao und Barcelona. Von den 28 Millionen Spaniern hat die überwiegende Mehrheit auch nicht den geringsten Grund, um den feudalen Adligen, den Fabrikanten, den hohen Generälen und Bischöfen für irgend etwas dankbar zu sein.

II. DER BUERGERKRIEG

1. DAS VOLK NIMMT STELLUNG.

Francos Rebellion wurde also von dem Gros der spanischen Nation sofort abgewiesen. In den wichtigen Städten Barcelona, Madrid, Valencia, Bilbao und Alicante, in hundert grösseren und kleineren Orten überwältigte eine Bürgerschaft, die mit nichts anderem bewaffnet war als mit Stöcken und Steinen, die Garnisonen und sprach sich so gegen General Franco aus. Diese Tatsache galt sowohl für das jetzige Regierungsgebiet als auch für das von Franco besetzte. Sie ist auch be- redt bestätigt durch eine wichtige Publikation von Rebellenseite: „Die kommunistischen Greuelthaten“, in London erschienen „unter der Leitung des Untersuchungskomitees der Regierung von Burgos“. Es stellt fest, dass in Almendralejo in der Provinz Badajoz „die Verhaftungen (von „Nichtrotten“) vom 18. Juli bis zum 16. August stattfanden, dem Vorabend des Einzugs der Truppen in die Stadt“, — was so viel heisst, dass die legale zivile Obrigkeit ihr Amt weiter ausübte, bis Franco seine Marokkaner von Afrika brachte. Antequera in der Provinz Malaga „erlebte den roten Terror vom 18. Juli bis zum 12. August.“ Ebenso Azuaga in der Provinz Badajoz, das „vom ersten Tage des Militäraufstands an, also vom 18. Juli, bis 24. Dezember in den Händen kommunistischer Elemente war“. Und Burguillos del Cerro in der Provinz Badajoz „war in den Händen der Roten vom 15. Juli bis zum 14. September, als die nationale Armee dort einzog“.

Weitere Beispiele: „Die Kommunisten herrschten in Espejo in der Provinz Cordoba vom 22. Juli bis zum 25. September, dem Tag, an dem unsere siegreichen

Truppen die Stadt einnahmen“. „Zwei Monate lang waren die Einwohner von Ronda in der Provinz Malaga unter kommunistischer Verwaltung.“ El Saucejo, eine Stadt mit 6588 Einwohnern in der Provinz Sevilla, „wurde am 4. September von nationalistischen Kräften eingenommen.“ Bis dahin haben Regierungstreue über diesen Ort geherrscht, der doch mitten in Francos Gebiet lag. Solche Beispiele können endlos fortgesetzt werden. Nach Francos eigener Darstellung wird es klar, dass die Spanier Franco gar nicht brauchten. Es gibt keinen einzigen Fall, wo die Zivilbevölkerung sich empört und im Namen der Rebellion die Macht ergriffen hätte.

Nun muss man hinzufügen, dass „Nationalisten“, wie das Wort in den Veröffentlichungen der Rebellen gebraucht wird, immer zugleich die Armee der Marokkaner und Fremdenlegionäre bedeutet, während „Kommunisten“ Volksfront bedeutet, die sich aus vielerlei Parteien zusammensetzt und auch scharfe Anti-Kommunisten einschliesst. So gibt es auf der Seite 155 eine Anspielung auf die „kommunistische Miliz der C.N.T.“. Diese C.N.T. aber ist eine anarcho-syndikalistische Organisation, die nichts mit den Kommunisten zu tun hat.

Während des ersten Abschnitts der Rebellion, Ende Juli und Anfang August, hatte Franco den Bürgerkrieg so gut wie verloren. Das Volk nahm gegen ihn Stellung und widersetzte sich erfolgreich seinen spanischen Soldaten. Doch die Rebellen waren in der Lage, rasch nicht-spanische Truppen nach Spanien einführen zu können; und dazu kam noch die Hilfe deutscher und italienischer Flugzeuge, die schon drei Tage nach dem Aufstand Franco zur Verfügung standen. Dadurch wurde die Lage ungünstig für die Regierung.

Die der Regierung treue Armee bestand aus lokalen Milizen, die sich freiwillig stellten, weil sie für ein

neues Spanien und gegen den Faschismus kämpfen wollten, aber nicht weil sie irgend welche militärischen Eigenschaften besaßen. Seit den napoleonischen Kriegen hatte Spanien an keinem Krieg mehr teilgenommen. Sein Volk war nicht geübt in den Waffen und hatte nichts von militärischer Psychologie. Die jährliche Rekrutierung war geringfügig; fast alle Offiziere und 90 Prozent der Unteroffiziere und Soldaten der regulären Armee gingen zu Franco über, als er seinen Eid brach. Die Milizen hatten nichts als ihren Enthusiasmus und ihre Ergebenheit für die gemeinsame Sache. Aber keinerlei Erfahrung und fast gar keine Waffen.

Auch nach sieben Monaten Bürgerkrieg hatte noch nicht jeder regierungstreue Soldat sein eigenes Gewehr. Der Mangel an Gewehren in den ersten Monaten veranlasste manche Niederlage. Mexiko schickte zwar 20.000 Gewehre in dem Augenblick, als sie dringend nötig waren, aber sie reichten längst nicht. Ich habe manchmal Waffen an der Front gesehen, die den Stempel „Oviedo 1896“ trugen. Maschinengewehre waren selten; ebenso Artillerie. Am Anfang hatte die Regierung überhaupt keine Flugzeuge. André Malraux, der berühmte französische Schriftsteller, organisierte daher eine ausländische Flugzeugstaffel, die ausgezeichnete Dienste leistete. Aber diese Staffel konnte sich bald nicht mehr mit der grossen Anzahl von Bombern und Jagdflugzeugen messen, die aus Deutschland und Italien herbeigeflogen kamen.

Unter diesen Umständen stiess Francos Armee nur auf geringen Widerstand, als sie sich rasch von Badajoz nach Merida vorschob, nach Caceres, nach Talavera de la Reina, nach Toledo und endlich bis vor Madrid. Am 6. November standen die Rebellen vor den Toren der Hauptstadt.

Inzwischen hatten die Rebellen eine Regierung in Burgos ausgerufen. In ihren offiziellen Verfügungen

vom 3. August bis 26. und 28. September wurden Azañas Agrarreform vom Anfang des Jahres ungültig gemacht und alle unter die landlosen Bauern verteilte Erde den Grundbesitzern wieder zurückgegeben. Das Schulwesen, erklärte eine Verfügung, durfte nicht länger mehr staatlich bleiben. Kirchliche Erziehung wurde wieder Zwang in allen Schulen. Gleichzeitig wurde das Banner der Republik durch die monarchistische Flagge ersetzt. Franco zeigte sich also von neuem als der, der er war. Er blickte ausschliesslich in die Vergangenheit. Das spanische Volk kannte sich jetzt schon gut in den Francos aus. Franco brauchte den Spaniern nicht das Geringste zu versprechen, wussten sie doch schon von früher her, wie es damit in der Zukunft bestellt sei. Die Mehrheit der Nation hatte Franco und die Reaktionsäre seiner Art am 16. Februar 1936 abgelehnt. Sie lehnten ihn abermals im Juli ab, als sie seinen Aufrehrertruppen in Barcelona und Madrid und anderen Städten entgegentraten. Sie lehnten ihn jeden Tag ab, auf jegliche Art. Denn wirklich, in Spanien war jeder Tag ein Wahltag. Es gibt viele Arten, zu wählen. Und einen Zettel in eine Urne gleiten zu lassen, ist die leichteste und nicht einmal immer die überzeugendste. Lenin hat einmal gesagt, im Jahre 1917 „hätte die zaristische Armee für den Frieden mit ihren Beinen gestimmt. Sie lief aus den Schützengraben davon.“ Wenn ich im Bürgerkrieg durch die spanischen Provinzen fuhr, haben öfters Bauern, die gerade beim Pflügen waren, wenn sie unseren Wagen sahen, ihre Faust gehoben und „Salud“ geschrien. Diese Bauern kannten mich nicht. Eine Sekunde später war ich für immer fort. Aber sie fühlten an jenem Morgen oder an jenem Nachmittag einen inneren Drang, für die spanische Demokratie zu stimmen. In den Monaten September und Oktober 1936, als Franco immer näher auf Madrid rückte, sah ich jeden Tag, wie ganze Dörfer sich vor

den herannahenden Feinden leerten. So oft er sich einer Niederlassung näherte, packten die Einwohner ihr Hab und Gut auf einen Maulesel oder Hundekarren; sie setzten ihre Grossmütter oder die kleinsten Kinder auf die Ladung und zogen ab, nach Madrid zu. Sie wussten gar nicht genau, wohin sie eigentlich gingen. Sie schliefen am Wegrand. Sie hatten weder Geld noch Essen. Sie wussten nicht, was der nächste Morgen ihnen brachte. Sie wussten nur eins genau: mit Franco konnten sie nicht leben. Ihr Auszug war eine Abstimmung gegen die Rebellen; es war eine Abstimmung für die Regierung.

Die Verteidigung von Madrid ist auch eine Volksabstimmung. General Mola hatte geprahlt, dass er am 12. Oktober seinen Kaffee in Madrid trinken würde, am „Tag der Rasse“, am Tag, an dem Columbus Amerika entdeckte. Franco erklärte, nach guter spanischer Ueberlieferung, Armeebewegungen im voraus kundzutun, dass er Madrid am 7. November einnehmen würde, um dort ganz pünktlich die bolschewistische Revolution zu feiern. Dann haben die Rebellen öffentlich festgesetzt, die Marokkaner würden in die katholische Hauptstadt am Weihnachtstag einziehen. Aber Madrid widersteht noch immer.

2. DAS WUNDER VON MADRID

Das Wunder von Madrid ist nur durch die Haltung der Zivilbevölkerung verständlich. Jeden Abend während der Belagerung, wenn der Strassenlärm verstummte, konnte ich mein Hotelfenster öffnen und dann genau das Ra-ta-ta der Maschinengewehre hören und die regellosen Gewehrsalven. Eines Nachts, als ich von der Front heimkam, wurde mir recht zum Bewusstsein gebracht, wie nah der Feind an Madrid war: die Stras-

senbahnen, deren Fenster blau angemalt waren, um kein Licht durchzulassen, waren zum Stillstand gekommen und standen auch weiter still an ihren Haltestellen, in den Hauptstrassen und an den Plätzen von Madrid; denn der Rangierbahnhof war in den Händen Francos. Von manchen Plätzen Madrids aus braucht man nur zwanzig Minuten, um in die Schützengräben zu gehen. Und eben darum liegt das ganze Schicksal von Madrid in den Händen seiner Frauen. Ich habe diese Frauen gesehen, meistens schwarz gekleidet, wie sie am frühen Morgen Schlange gestanden haben, um ihre schmalen Rationen von Erbsen, Reis, Oel und Brot in Empfang zu nehmen. Und diese Schlangen aus Fünferreihen waren oft an die dreihundert Meter lang. Nicht weit davon kämpften ihre Männer oder Brüder oder Söhne unter dem Feuer der Rebellen. Ihre Verwandten waren vielleicht gerade getötet oder auch gestern verwundet worden; sie hatten die älteren Kinder daheim gelassen. Vielleicht, wenn sie nachher heimkehrten, waren die Körper dieser Kinder schon zerrissen und vermischt mit dem Schutt der Häuser, die die Deutschen und Italiener zusammengeknallt hatten. Brennmaterial war ebenso knapp wie Nahrung, und für zehn Stunden von vierundzwanzig war das Wasser abgestellt. Die Frauen warteten geduldig stundenlang, viele hielten ihre Säuglinge im Arm. Feindliche Flugzeuge haben Bomben auf solche Schlangen geworfen, Bomben, die aus Stahlzylindern bestehen, gefüllt mit hundert oder zweihundert oder fünfhundert Pfund Explosivstoff. Wenn man einige Minuten danach an einen solchen Ort kommt, dann kann man zerschmetterte Glieder sehen, Gehirne und Eingeweide, die gegen die Mauern gespritzt sind, und Fetzen menschlicher Körper, da und dort. Ganz ungeheuer ist die Beanspruchung der Nerven, der physischen Lebenskraft. Solche Madrider Frauen sind Märtyrerinnen und Heldinnen. Wenn 10 000 Frauen der

Hauptstadt sich empören würden und zu Franco übergingen, dann wäre die Belagerung von Madrid beendet und Franco der Herr der Hauptstadt. Aber die Frauen, ebenso wie die Männer, stimmen gegen Franco. Diese Volksabstimmung wird mit Blut besiegelt; diese Demokratie wird durch ein schweres Opfer an Menschenleben beglichen. Doch keine Niedergeschlagenheit, nur Kraft, nur Zuversicht herrscht in Madrid. Wenn Soldaten durch die Strassen der Stadt zur Front marschieren, dann heben diese schwarzgekleideten Frauen, die in Schlangen anstehen, ihre Fäuste und rufen: „No Pasaran!“ — sie kommen nie durch! Das Militär führt nur den Befehl der Zivilbevölkerung aus, wenn es die Stadt gegen die Rebellen verteidigt. „Madrid muss das Grab des Faschismus werden“, konnte man auf den Mauern lesen, als Franco gegen die Stadt marschierte. Der Geist, der die Stadt beseelt, steift auch die Nacken der regierungstreuen Soldaten, die in den Aussenbezirken kämpfen. Denn welche Männer möchten wohl ihren Frauen an Tapferkeit nachstehen?

3. ANTEIL DER AUSLAENDER

Noch andere Faktoren stärken die Regierungstreuen. Fast den ganzen Oktober über waren die Regierungstruppen ohne Flugzeug. In der dritten Oktoberwoche besass die Regierungsarmee sage und schreibe ein einziges Bombenflugzeug, das sehr bald reparaturbedürftig war. Tag für Tag ging Franco folgendermassen vor: Seine Junker- oder Caproni-Flugzeuge mussten ein Dorf oder eine Stellung der Regierungstruppen bombardieren. Dann mussten die Marokkaner stürmen und besetzen. Franco nutzte seine starke Ueberlegenheit an Artillerie, Maschinengewehren und Gewehren. Im Oktober wurde ein italienischer Typ kleiner Tanks eingesetzt. Monate-

lang tagte der Nichteinmischungsausschuss in London. Deutschland, Italien und Portugal hatten das Uebereinkommen, keine Munition nach Spanien zu schicken, mitunterzeichnet. Aber der Ausschuss war schliesslich nichts als ein Possenspiel. Alle Welt wusste, dass Hitler und Mussolini an dieser Uebereinkunft nur teilnahmen, um sie zu brechen. Das Uebereinkommen wirkte sich daher so aus, dass die faschistischen Staaten ununterbrochen den Rebellen Kriegsmaterial lieferten, Frankreich, England und alle wirklich neutralen Staaten sich weigerten, der gesetzlichen spanischen Regierung Waffen zu liefern, mochte sie auch nach jedem internationalen Gesetz ein Recht auf diese Hilfe haben. Was seine Absicht auch war, in der Endwirkung war der Nichteinmischungspakt für die legale Regierung höchst ungünstig.

So kam es, dass der Vertreter der Sowjetunion am 7. Oktober den Londoner Nichteinmischungsausschuss wissen liess, dass „seine Regierung befürchte, die Lage, die durch die häufigen Verletzungen des Paktes entstanden sei, mache diesen Pakt in Wahrheit ungültig; seine Regierung könne keinesfalls zulassen, dass dieser Pakt sich in einen Schutzwall verwandle für die militärische Hilfe, die den Rebellen durch etliche Paktunterzeichner gewährt worden sei“. Die Sowjetregierung erklärte, dass Moskau sich der Verpflichtungen ledig erklären müsse, die diesem Pakt entstammen, falls die Verletzungen dieses Paktes nicht augenblicklich ein Ende nähmen. Diese Nachricht erweckte in Spanien und Russland grosse Freude. Die Sowjetunion wurde als Freundin Spaniens begrüsst, und die Zeitungen waren voll optimistischer Kommentare. Stalin erklärte am 16. Oktober: „Die arbeitenden Klassen der Sowjetunion erfüllen nur ihre Pflicht, wenn sie den revolutionären Massen Spaniens so gut wie möglich beistehen. Sie begreifen, dass die Befreiung Spaniens vom Joch der faschistischen Reak-

tion keine Privatangelegenheit der Spanier ist, sondern die gemeinsame Sache der ganzen vorwärts blickenden Menschheit." Die konkreten Folgen dieser Erklärung bekam man in der dritten Oktoberwoche zu spüren in der Form von Flugzeugen und grosser schneller Tanks. Jetzt war Francos Vorherrschaft in der Luft in Frage gestellt. Das Gefühl der Unterlegenheit und Hilflosigkeit, das einen Soldaten befallen muss, wenn er sein Regiment immer wieder und wieder bombardiert sieht, während seine eigenen Leute über keine Flugzeuge verfügen, wechselte um in Stolz und Freude. Die Moral der spanischen Armee stärkte sich ausserordentlich.

Hilfe kam auch von ausländischen Intellektuellen und Arbeitern. Die Regierungstruppen hatten sehr unter dem Mangel an Stosstrupps gelitten, die wirklich kriegserfahren waren. Daher organisierten die kommunistischen Organisationen in Frankreich und anderen Ländern einige Monate nach der Rebellion eine internationale Brigade, in die sich Männer für den aktiven Dienst in Spanien eintragen liessen, die bereits im Weltkrieg gekämpft oder sonst in europäischen Armeen gedient hatten. Es gab viele Kommunisten darunter, viele italienische und belgische Sozialisten und viele parteilose Antifaschisten. Sie hatten sich bisher alle gegen den Faschismus gewandt, indem sie in ihrer Heimat an Versammlungen teilnahmen oder bei Demonstrationen aufmarschierten oder Flugblätter verteilten. Nun verlegten sie ihre Aktivität in die Schützengräben vor Madrid, wo die Schlacht gegen den internationalen Faschismus am heissesten entbrannt war. Sie kämpften wohl für Spanien, aber indem sie das taten, richteten sie auch ihre Gewehre gegen den Faschismus ihrer eigenen Länder. War es doch klar, dass ein Sieg Francos auch einem Sieg für Hitler und Mussolini gleichkam, und daher einem Sieg für den Faschismus überhaupt. Spanien war der Grundstein geworden für

Europas künftige politische und soziale Entwicklung. Auf legale und illegale Weise kamen diese Männer der internationalen Brigade. Einige von ihnen waren Hunderte von Kilometern zu Fuss gegangen, hatten Grenzen heimlich überschritten und kamen in den Musterungsbüros mit durchlaufenen Füßen und ohne einen Pfennig an. Sie kamen aus Bauernhöfen und Fabriken und Werkstätten. Sie kamen auch aus Universitäten, aus behüteten Heimen und sogar aus den Elfenbeintürmen der Dichter. Es kamen robuste Arbeiter und solche Menschen wie Ludwig Renn, der früher ein deutscher Aristokrat war und später eingesperrt von den Nazis, ein bekannter Romanschriftsteller; Lukacs, der ungarische Dichter, der schon im Weltkrieg gewesen war, und dem man bald den Rang eines Generals gab; Ralph Fox, ein englischer kommunistischer Schriftsteller, Verfasser einer Leninbiographie; mehrere englische Dichter, der Sohn eines englischen Contre-Admirals und viele andere. Sie waren lauter Freiwillige, die Lafayettes unserer Generation. Gerade als Madrid nahe daran war, in Francos Hände zu fallen, erschien die erste Einheit der internationalen Brigade, 1000 Mann stark, auf dem Schlachtfeld. Zum ersten Mal wurden die Marokkaner angehalten, zum ersten Mal sahen die Milizen die Rücken der Francosoldaten. Die Spanier merkten jetzt, dass man das fertigbringen konnte. Die internationale Brigade wurde für die spanischen Einheiten eine praktische Kriegsschule. Die Milizen liebten immer mehr ihre ausländischen Kameraden und kämpften am besten, wenn ihre Kompagnien und Bataillone mit Truppenteilen der internationalen Brigade vermischt wurden. So war die internationale Volksfront gegen den Faschismus zur Wirklichkeit geworden. Die internationale Brigade half nicht bloss durch ihre eigene Kampfkraft, sondern indem sie gleichzeitig die Kampfkraft von Tausenden von Spaniern steigerte.

Man hat die Zahl der internationalen Brigade mächtig übertrieben, teils um ihre militärischen Taten ins rechte Licht zu setzen, teils aber auch um die Absendung grosser Kampfeinheiten deutscher und italienischer Infanterie zu rechtfertigen. Ribbentrop, der deutsche Botschafter in London, hat in der Oeffentlichkeit erklärt, die internationale Brigade sei 65.000 Mann stark. Tatsache ist, dass in der Zeit zwischen September 1936, als die Brigade ins Leben gerufen wurde, und dem 1. Juli 1937, als mir offizielle Angaben zur Verfügung standen, 23.000 Ausländer zur Rekrutierung nach Spanien gekommen waren. Davon sind 4000 in den Kämpfen getötet worden oder vermisst; 4.800 sind wieder heim. Die gesamten Kampfkräfte hatten ungefähr 12.000 bis 15.000 Fälle von Verwundungen oder Krankheiten. Jedes Kontingent, sobald es organisiert war, wurde ausgebildet und ging zur Front, wo es gewöhnlich den schwersten Bedingungen standhielt. So erreichte die erste internationale Brigade die Front von Madrid in einer Stärke von 1900 Mann Anfang November, die zweite 1550 Mann stark im selben Monat. Vier Wochen später lebten nur noch 1800; so dass die internationalen Kampfkräfte an keinem einzigen Tag 15.000 überstiegen haben. Von diesen sind nie mehr als 9000 gleichzeitig an der Front gewesen. Doch die internationale Brigade hat ein Ruhmesblatt in der Geschichte des spanischen Bürgerkrieges. Im November 1936 hat sie Madrid gerettet.

Die Belagerung von Madrid hatte noch keinen Monat gedauert, als es klar war, dass Franco die Stadt mit den beschränkten Kräften, über die er verfügte, nicht einnehmen konnte. Er hatte zwar reichlich Waffen und aller Art Ausrüstungen, aber zu wenig Menschen. Die Marokkaner und die Fremdenlegion waren in fortgesetzten Angriffen auf die Stadt dezimiert worden, und Verstärkungen konnte er nicht erhalten. Die

meisten Spanier weigerten sich, für ihn zu kämpfen, und was man mit Gewalt rekrutiert hatte, erwies sich als unbrauchbar. So hatte Franco etwa Mitte Dezember 1936 den Krieg zum zweitenmal verloren. Er konnte nicht vorwärts, und stillzustehen war verhängnisvoll. Es gab nur eine Lösung: er ging Deutschland und Italien um Soldaten an. Ungefähr alle Flieger und Tankführer auf der Seite Francos waren Deutsche oder Italiener. Viele seiner Maschinengewehrschützen waren es ebenfalls. Doch die faschistischen Mächte hatten bis jetzt noch keine kompakten Kampfeinheiten nach Spanien gesandt. Jetzt bat Franco darum; Hitler und Mussolini gingen darauf ein. Die Zahl steht natürlich nicht genau fest. Man kann aber als sicher annehmen, dass Deutschland sicher nicht weniger als 10.000 und vielleicht an die 20.000 ausgebildete Soldaten in Francos Linien schickte, während Mussolini weit grosszügiger war mit 80 oder 90.000. Portugal schickte auch, so wenig es auch konnte. Wenn noch jemand an der Rolle Italiens zweifelt, so wurden ihm alle Zweifel von Mussolini selbst genommen, der im „Popolo d'Italia“ am 26. Juni 1937 erklärt hat: „In diesem grossen Kampf, in dem sich zwei Weltanschauungen, zwei verschiedene Zivilisationen entgegenstehen, hat das faschistische Italien nicht neutral bleiben können, sondern mitkämpfen müssen; und der Sieg wird auch sein Sieg sein.“

Die Sowjet-Union hat der Regierung keine Soldaten geschickt. Es gibt etwa ein Dutzend Sowjet-Bürger in der internationalen Brigade; auch ein paar Hundert ehemals weisser oder gegenrevolutionärer Russen, die aus Frankreich gekommen sind, um durch diese Teilnahme ihre neue politische Haltung unter Beweis zu stellen. Sie beabsichtigen, über Madrid nach Moskau zurückzugehen. In anderer Beziehung allerdings ist der militärische Beistand, den die Sowjet-Union der legalen Regierung geleistet hat, dem vergleichbar, den Franco

durch Deutschland und Italien empfangen. Beide Seiten erhielten Flugzeuge (samt Piloten), Tanks, Kanonen und Maschinengewehre von ihren ausländischen Freunden.

Aber die faschistische Intervention in Spanien ist vollkommen verschieden von der Hilfe, die die Sowjets der Volksfront leisten. Die Regierung von Valencia hat bekannt gemacht, dass sie im Bilde ist über die Verhandlungen, die im Jahre 1934 in Rom zwischen Mussolini und spanischen reaktionären Politikern stattfanden. Damals hat der Duce sich bereiterklärt, eine bewaffnete Niederwerfung der spanischen Republik zu unterstützen und ihre Ersetzung durch die Monarchie. Vieles spricht für die Hypothese, dass Deutschland und Italien schon im voraus unterrichtet waren, dass Franco einen Staatsstreich gegen die Madrider Regierung plante. General Sanjurjo, der einen misslungenen Armeeaufstand im August 1932 geleitet hat und wohl auch der Führer der Rebellion von 1937 gewesen wäre, aber am zweiten Tag des Aufstandes mit seinem Flugzeug abstürzte, als er von Lissabon auf Rebellengebiet flog, war kurz vor dem 17. Juli in Berlin, und Franco selbst war auch in Fühlung mit deutschen Persönlichkeiten. Man hat allen Grund, zu glauben, dass diese Leute im voraus unterrichtet waren und demgemäße Hilfe leisteten, aber man muss mit der endgültigen Darlegung auf die Veröffentlichung der weiteren Dokumente warten. Man weiss gleichwohl, dass drei Tage vor Beginn der Rebellion Italien sechs Militärflugzeuge zu Franco nach Marokko schickte. Drei davon stürzten ab in Französisch-Marokko, und der Generalgouverneur Victor Denain berichtete nach Paris über die Art dieser Flugzeuge, und dass ihre Piloten ihre Befehle am 15. Juli erhalten hatten (Manchester Guardian, 16. März 1937). Deutsche und italienische Flugzeuge brachten marokkanische Soldaten in der zweiten Julihälfte nach Spanien. Man stand vor folgender Situation: ein

eidbrüchiger General hatte sich kaum gegen seine Regierung erhoben, als schon zwei ausländische Mächte bereit waren, ihm zum Sieg zu verhelfen. Das könnte ein recht gefährlicher Präzedenzfall werden, wenn man es vom Standpunkt der alteingesessenen bürgerlichen Demokratien ansieht. Unter ähnlichen Umständen könnte die Henlein-Partei in der Tschechoslowakei darauf verfallen, ein paar Dörfer oder Städte an der deutschen Grenze zu besetzen und dann die Hilfe der Reichswehr anzufordern. Das Ergebnis wäre sofort ein Krieg. Als Italien und Deutschland ausser der schon gewährten militärischen Ausrüstung ganze Regimenter ausgebildeter Soldaten auf spanischem Boden stationierten, stand die Welt einem Ueberfall auf einen fremden Staat gegenüber, der sich weder eines Verbrechens noch auch des geringsten Verstosses denen gegenüber schuldig gemacht hatte, die ihn überfielen. Verträge haben zwar schon lange aufgehört, ernsthafte Sicherungen in internationalen Angelegenheiten zu sein, aber was offene und zynische Verhöhnung von Gesetzen, Regeln und Vereinbarungen angeht, haben die letzten Ereignisse in Spanien doch nichts Gleichartiges in aller Nachkriegswirrnis.

Andererseits hat sich die Sowjet-Union streng an das Nichteinmischungsabkommen gehalten, das sie mit einer Reihe anderer Staaten, darunter Italien, Deutschland und Portugal, unterzeichnet hat. (Die russischen Gewerkschaften haben gleichwohl Nahrungsmittel und Kleider im Werte von einigen Millionen Goldrubel ihren Arbeitskollegen während der ersten Monate des Bürgerkrieges nach Spanien geschickt.) Erst im Oktober, als das Nichteinmischungsabkommen allgemein als eine Farce durchschaut wurde, hat die Sowjet-Union begonnen, der spanischen Regierung mit Kriegsmaterial zu helfen, was ja nach internationalem Gesetz un-gehindert und beständig ihr hätte zuzustehen sollen.

Die Sowjethilfe an die spanische Regierung war auch in ihren Motiven ganz verschieden von allem, was die faschistischen Staaten Franco gewährten. Man hat oft gesagt, dass Franco Deutschland und Italien das Monopol auf Konzessionen in den Eisenbergwerken in Bilbao versprochen hat, in den Quecksilbergruben von Almaden bei Ciudad Real, in den Kupferbergwerken von Rio Tinto und anderen Erzbergwerken von Spanien. Es wäre ganz natürlich, wenn die Rebellen, falls sie gewannen, Deutschland und Italien besondere Privilegien gewährleisteten, um den Reichtum ihres Heimatlandes auszubeuten, schon aus Dankbarkeit, aber auch um ihre Schulden für Kriegslieferungen abzutragen. Wie der Londoner „Economist“ am 15. März 1937 meint: „Eine Regierung, die durch deutsche und italienische Bajonette und Bombenflugzeuge an die Macht käme (und wahrscheinlich auch weiter an der Macht gehalten würde), kann kaum je sich ausländischen Zugriffen auf die Bodenschätze Spaniens entziehen.“ Adolf Hitler selbst hat in seiner Würzburger Rede am 27. Juli 1937 die Wahrheit ausgeplaudert, als er von Deutschlands Bedürfnis für die Eisenerze von Bilbao sprach. Man hat auch von Interessenssphären oder gar Kolonien gesprochen, die Deutschland und Italien versprochen wurden. So sollen die Balearen Italien überlassen werden, und es ist ja eine Tatsache, wie sehr sich italienische Truppen und Agenten in Majorca daheim fühlen. Ebenso sollen die Deutschen die Kanarischen Inseln als Kohlen- und Schiffstation erhalten und eine Vorzugsstellung in Spanisch-Marokko, wo ja Deutschland schon zu den Zeiten des Kaisers starke Interessen bekundet hat.

Aber die Einsätze in Spanien sind noch weit höher als diese schon recht beträchtlichen Erwägungen. Spanien hat eine unbezahlbare geographische Lage, ganz besonders für Italien. Ein Stützpunkt in

Spanien oder die Freundschaft einer spanischen Vassallenregierung könnte wohl in einem künftigen Krieg die Entscheidung mitbestimmen. Dank der Eroberung Aethiopiens ist Italien der aktive und für die Zukunft vielleicht noch gefürchtete Gegner des mächtigen Britischen Weltreiches geworden, und die Festsetzung Roms in Spanien kann Italiens Kontrolle auch auf das westliche Mittelmeer ausdehnen. Aus denselben Gründen würde sich Deutschland gern in Spanien und Marokko festsetzen.

In ihrem Expansionstrieb suchen sich Italien und Deutschland in Spanien neue strategische Stellungen. Der spanische Bürgerkrieg hat in diesem Sinn aufgehört, nur ein Kampf zwischen zwei einheimischen Parteien zu sein, und hat immer mehr das Ansehen eines internationalen Konfliktes bekommen. Die erste Schlacht des zweiten Weltkrieges wird jetzt in Spanien ausgefochten. Ein Sieg für Franco würde einen Sieg für Italien und Deutschland bedeuten. Die faschistische Einmischung in Spanien steht ja nicht allein da; sie ist nur Glied in einer Kette von Ereignissen, die mit dem Einbruch der Japaner in die Mandschurei im September 1931 begannen. Die Leichtigkeit, mit der sich Tokio die Verletzung fremden Gebietes leisten konnte, und die Nutzlosigkeit der Proteste der fremden Mächte und des Völkerbundes haben zweifellos Mussolinis Entschluss erleichtert, Aethiopien im Oktober 1935 anzugreifen. Mussolinis Triumph in Ostafrika, trotz der Bemühungen des Völkerbundes und Grossbritanniens, ihn aufzuhalten, zeigte wiederum Hitler, dass er nicht das Geringste zu fürchten hatte, wenn er internationale Verträge zerriss und das Rheinland wieder militarisierte. Das tat er am 7. März 1936. Dieses aufsehenerregende Ereignis wurde so ruhig hingenommen, dass Hitler und Mussolini alle beide endgültig überzeugt waren, sie könnten die übrige Welt weiter-

hin herausfordern, besonders wenn sie zusammenhielten. Das ist die Vorgeschichte ihrer Einmischung in Spanien. Und die Tatsache, dass sie in Spanien gleichfalls von England und Frankreich kaum gehindert wurden, gab ihnen und gibt ihnen immer grössere Verachtung für die unschlüssigen Demokratien ein. Ein faschistischer Triumph in Spanien würde daher beweisen, dass heutzutage gewinnt, wer wagt. Italien und Deutschland könnten sich daraufhin in noch ganz andere Abenteuer stürzen — wobei man natürlich auch ihre Kräfte im Innern in Betracht ziehen muss. Abenteuer, bei denen die Vorteile, die sie in Spanien erlangt hätten, ihnen schon im voraus ein gutes Sprungbrett gewährleisten. Für die demokratischen Mächte wäre das die grösste Gefahr.

In Grossbritannien und Frankreich gibt es einige Menschen, die diese Wahrheit verstehen. Der Kapitän B. H. Liddell Hart, der bekannte englische Militärfachmann, hat z. B. seine Besorgnis für die „Lebenslinie des Weltreichs“ ausgedrückt, falls die Faschisten in Spanien siegen. „Die Gefahr ist si klar,“ sagte Kapitän Hart (im Manchester Guardian, 15. April 1937), „dass man schwer begreifen kann, mit welchem Eifer einige der lautesten Patrioten unseres englischen Publikums den Erfolg der Rebellen wünschen. Ein militarisiertes Spanien könnte in Verbindung mit den faschistischen Mächten Gibraltar unhaltbar machen und sogar unseren Weg um das Kap herum durch eine Flugzeugbasis auf den Kanarischen Inseln bedrohen. Und diese Gefahr könnte sich durch einen feindlichen Flugzeug- und Unterseeboot-Stützpunkt auf den Balearen noch verstärken.“ Aber die, welche die britische Politik bestimmen, werden hin und her gezogen zwischen ihrem Wunsch, das britische Weltreich durch die Vereitlung deutscher und italienischer Anschläge auf Spanien zu schützen, und ihrem Misstrauen gegen die legale Regierung, die sie als kommunistisch

betrachten oder als eine Vorbereitung zum Kommunismus. Das wirtschaftliche oder Klassenvorurteil legt so die natürliche englische Neigung lahm, dem Feind in den Arm zu fallen, der gegen das englische Weltreich Ränke schmiedet. Ebenso sollte in Frankreich das Bürgertum für die loyale Regierung in Spanien starke Sympathie empfinden, wenn es die Möglichkeit bedenkt, dass Deutschland und Italien eine Südfront an den Pyrenäen bilden, die für Frankreich bei einem deutschen Angriff auf das Elsass verhängnisvoll werden könnte, und dazu noch die Tatsache, dass eine italienische Streitmacht in den Balearen Frankreich behindern könnte, seine Kolonialtruppen aus Nordafrika herüberzuholen. Derartige Erwägungen hätten wohl zusammen mit einer kräftigen Unterstützung der legalen spanischen Regierung durch die französischen Gewerkschaften einen konkreteren Ausdruck finden können als das Nichteinmischungsabkommen. Das Ergebnis war aber, dass beide, Frankreich und England, zu dem spanischen Bürgerkrieg verschiedene Gesichtspunkte einnahmen. Zwiespältigkeit der Meinungen war besonders in England recht fühlbar, wo die Sympathien oft mit dem Kriegsglück wechselten. Am Anfang, als Franco der sichere Sieger zu sein schien, neigte auch das englische Gefühl zu ihm hin. Später hat die tapfere Verteidigung von Madrid einen englischen Stimmungsumschwung nach der anderen Seite bewirkt. Diese Unsicherheit in der Haltung kommt durch das ständige Schwanken zwischen dem, was die Beherrscher Englands für richtig finden, um ihr Weltreich aufrecht zu erhalten, und dem, was sie wiederum für ihre Pflicht empfinden, um den Kapitalismus aufrecht zu erhalten. Wären England und Frankreich daheim klare Antifaschisten, dann gäbe es auch für sie keine Schwierigkeit, eine feste antifaschistische Aussenpolitik zu führen. Aber sie sind garnicht klar antifaschistisch, und daher gebricht es ihnen an jener Festigkeit, die der legalen spa-

nischen Sache nützen könnte. Und tatsächlich nützt ihre Haltung letzten Endes Franco.

Die Sowjet-Union dagegen kennt kein solches Problem. Durch ihre Weltanschauung und ihre soziale antifaschistische Struktur braucht sie durch keine inneren Kämpfe durchzugehen, bevor sie sich entscheidet, wo ihre Sympathien in Spanien liegen. Nur die Transport- und technischen Schwierigkeiten stehen zur Debatte. Heikle diplomatische Formalitäten müssen befolgt werden, damit der Nutzen, den die legale Regierung durch eine solche Sowjet-Hilfe erhält, nicht wieder durch die Feindschaft in Frage gestellt wird, die sie in England und Frankreich erzeugt. Die Bolschewisten waren als erste besorgt, dass ein Sieg von Hitler und Mussolini in Spanien den zweiten Weltkrieg beschleunige. Moskau verabscheut den Krieg; es hat durch Krieg nichts zu gewinnen; es ist ganz klar, dass es keinerlei Ehrgeiz auf irgend ein spanisches Gebiet hat. Was Russland in Spanien für die legale Regierung tut, hat den Sinn der Kriegsverhütung. In dem heutigen Zustand unserer Weltrüstung und internationalen Spannungen nützt es nichts, über den Frieden zu reden oder von ihm zu träumen. Man kann nur eins für seine Erhaltung tun: die faschistischen Angreifer aufhalten, die die Kriege angezettelt haben und die wohl noch mehr Kriege anzetteln werden. Faschistische Regierungen brauchen nun einmal fortgesetzte Triumphe der Außenpolitik, um ihren Völkern die Pillen der Entbehrenungen zu versüssen, die sie daheim schlucken müssen. Friede oder die Unmöglichkeit, ein militärisches Abenteuer in Gang zu bringen und auch erfolgreich zu beenden, wird daher für faschistische Regierungen eine Behinderung und ein Element ihrer Schwäche. Russland schwächt den Faschismus, indem es dem Krieg vorbeugt. Und indem es den Faschismus schwächt, hilft es den Demokraten, die der Einheit mangeln, um

sich selbst zu helfen. Auf diese Art wird den englischen und französischen Weltreichen ein Dienst erwiesen, die, da sie nun gesättigt sind, einen status quo und keinen Krieg gebrauchen. Aber vor allem wird dem neuen Spanien ein Dienst erwiesen, das sich auf Francos Grab erheben soll. Was also Russland für die legale Regierung tut, hilft in einem Lande der Revolution, stärkt die kapitalistischen Demokratien in anderen Ländern und trägt bei zum Zusammenbruch der totalitären Systeme in noch einer dritten Gruppe von Ländern. Wer diese Lage vereinfachen möchte, der entfernt sich von der komplizierten Wirklichkeit unserer modernen Zeit. Moskau wird wahrlich nicht daran interessiert sein, das britische Weltreich gegen seine faschistischen Widersacher zu stützen. Aber das wäre gleichwohl das unvermeidliche Nebenprodukt der Einrichtung eines liberalen oder sozialdemokratischen oder sogar Sowjet-Staates in Spanien. Der einzige Weg, den britischen Imperialismus über Spanien anzugreifen, ist nämlich, Franco gewinnen zu lassen.

Es ist eigentümlich paradox und doch wahr, dass dieselbe Reihe von Handlungen, von der Sowjet-Union unternommen, Russland vor einem feindlichen Einfall bewahrt, die englischen und französischen Bourgeoisien stärkt, die spanische Bourgeoisie untergräbt und die Pläne des italienischen und deutschen Faschismus zerstört. Naive und Böswillige mögen sagen, dass jedes dieser Ergebnisse beabsichtigt und willkommen ist. Einem scharfsinnigen Beobachter wird es klar werden, dass kein Ergebnis ohne alles Uebrige zu erhalten ist. Paris mag die Bolschewisten nötig haben, aber die Bolschewisten erlangen gewiss auch ihre Vorteile von Paris. Gäbe es keinen solchen Austausch, wäre wohl keine Partei so verrückt, dieses Spiel zu spielen. Da nun aber die beiden Parteien so verschieden sind, müssen die Vorteile, die sie aus ihrer Beziehung haben, von ent-

gegengesetzter Natur sein. In ihnen wird ein blosses Arbeitsübereinkommen zwischen zwei verschiedenen Welten gespiegelt, den bürgerlichen Demokratien und der langsam entstehenden Sowjet-Demokratie, die aber beide von einem gemeinsamen Feinde bedroht werden: dem Faschismus.

Eine Ausbreitung des Kommunismus auf ein anderes Land ist für Russland ebenso verlockend wie für Deutschland und Italien die Möglichkeit, den Faschismus nach Spanien zu verpflanzen. Russische Hilfe an Spanien hat ohne Zweifel dort die kommunistische Partei gestärkt und ein pro-kommunistisches Gefühl geschaffen. Doch die Bolschewisten brauchen kein bolschewistisches Spanien oder ein Sowjet-Spanien. Sie sind wohl überzeugt, dass Spanien letzten Endes kommunistisch werden wird. Aber das mag gleichwohl eine Generation später geschehen. Moskau sieht eine lange Uebergangsperiode voraus, in der der Kapitalismus und einige Elemente des Sozialismus in Spanien zusammen bestehen werden, wie es in der ganzen Welt der Fall ist. Ausserdem sind die Russen, vielleicht weil sie die Diktatur so gut kennen, gegen eine solche für Spanien und ziehen ihrerseits dort eine Demokratie vor.

In Interviews, die er der Presse gegeben hat, hat sich Franco als Faschist bekannt und für die italienische Art des Kooperativstaates. Er hat sich offiziell als faschistischer Diktator bezeichnet. Hitler gratulierte ihm dazu. Aber das legale Spanien hat keine Diktatur ausgerufen. Seine Führer wollen ein demokratisches Land bleiben. Moskau zollt dieser Absicht öffentlich Beifall.

4. DIE GRUPPIERUNGEN IM LAGER DER REGIERUNG.

Das legale Spanien ist eine Demokratie. Am 15. April 1937, ungefähr in derselben Woche, als Franco alle Parteien ausser der faschistischen abschaffte, gab der Premierminister Largo Caballero einer Delegation weiblicher Mitglieder des Britischen Parlamentes, darunter die Herzogin von Atholl, Ellen Wilkinson, Dame Rachel Crowdy und Eleanor Rathbone, als sie ihn fragten, ob Spanien ein Sowjet-Staat werde, die Versicherung, es würde „eine parlamentarische Demokratie sein, die die aus dem Bürgerkrieg gewonnene Erfahrung sich zunutze machen würde.“

Er unterstrich die Tatsache, dass seine Meinung sowohl auf moralischen als auf moralischen Erwägungen beruhe. „Ein Gefühl der Einheit und Solidarität ist unter den verschiedenen politischen Parteien wach geworden, die die legale Regierung unterstützen“, sagte er. Und dieses Gefühl wird den Krieg überleben, ohne dass irgend eine politische Partei versuchen wird, ihr spezielles Programm der anderen aufzuzwingen. Die Herzogin von Atholl machte zu der Unterredung mit Caballero folgende Bemerkung: „Der Krieg in Spanien ist ein Krieg für die Freiheit. Der Kampf der Regierungstruppen ist ebenso ein Kampf für die Unabhängigkeit Spaniens als für die Sicherheit Englands und Frankreichs.“

Die Volksfront ist ihrem Wesen nach demokratisch, denn sie besteht aus Parteien verschiedener Weltanschauung und Politik. Die Handlungen der legalen Regierung entspringen einem Gedankenaustausch und oft auch Vorverhandlungen und Vorbesprechungen zwischen den Gruppen. Das kommunistische Eintreten für die Demokratie in Spanien hat man manchmal als ein

taktisches Manöver angesehen, um die ausländischen Demokratien und bürgerlichen Liberalen zur Duldung der legalen Regierung zu veranlassen. Diese Erklärung ist aber falsch. Solch ein Trick wäre auch wahrlich zu durchsichtig. Das Eintreten für die Demokratie bedeutet, dass die Kommunisten nicht wünschen, dass man in Spanien eine Diktatur errichte, die von einer Partei geführt sei wie in Russland. Die spanischen Bedingungen sind verschieden. Die Kommunisten wünschen nicht, die Anarchisten oder Sozialisten oder linken Republikaner zu unterdrücken oder sonst eine wahre antifaschistische Gruppe. Alle diese Parteien sind im Kampf gegen Franco vereinigt. Die Volksfront vereinigt die verschiedensten Elemente; und nicht ohne Grund hat Lord Cranburne, der britische Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, am 8. Februar 1937 auf eine Anfrage im Unterhaus erklärt, die englische Regierung habe die Versicherung, dass die Regierung von Valencia gesetzlich sei und ausser einer oder zwei kleinen Gruppen alle spanischen Parteien vertrete."

Die Volksfront reicht von der äussersten Rechten bis zur äussersten Linken. Sie schliesst den konservativen Flügel der katholischen Basken ein, die, obgleich sie von dem regierungstreuen Spanien geographisch getrennt sind, ihr Land und ihr von den Cortes am 1. Oktober 1936 gewährtes Recht der Selbstbestimmung verteidigt haben gegen den Angriff der mohammedanischen Marokkaner, der Italiener und der antikatholischen Deutschen, die das barbarische Verbrechen von Guernica begangen haben. Schreitet man von rechts nach links weiter, so kommt man zu den linken bürgerlichen Republikanern — die aus Azañas Partei bestehen, aus Martinez Barrios Partei und der katalanischen Linken, — die die Stimmen der Intellektuellen vertritt und die Mittelklasse der Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern, und dann zu den rechten Sozia-

listen — deren Führer Indalecio Prieto selbst ein bekannter Industrieller aus Bilbao ist —, den linken Sozialisten, den Kommunisten und den Anarchisten. Die Volksfront ist also eine Zusammenfassung kapitalistischer und antikapitalistischer Gruppen. Diese Ehe ist keine Neigungsehe, sie zeigt mit scharfer Klarheit den Sinn des spanischen Kampfes. Die Katholiken bekämpfen Franco, weil er sich für eine streng zentralisierte Regierung ausgesprochen hat. In einem Interview mit Roy Howard von der Scripps-Howard-Presse hat er erklärt, er würde die katalanische Autonomie nicht dulden, und die Basken haben immer gefürchtet, er würde ihr Freiheitsstatut zunichte machen. Die nationale baskische Partei hat sich samt der linken bürgerlichen, obwohl sie ihrem Wesen nach bürgerlich sind, mit den radikalen Bauern und Arbeitern verbunden, weil sie sich alle darüber im klaren sind, dass die früheren Beherrscher Spaniens eine hoffnungslos törichte Bande waren, die das Land an den Rand des wirtschaftlichen und politischen Abgrunds gebracht haben. Vom innerpolitischen Gesichtspunkt aus ist der Krieg in Spanien ein Kampf zwischen den dunklen Mächten, die das Land opfern, um ihr Feudalsystem zu retten, und allen denen, die wohl fühlen, dass die einzige Hoffnung für ein reiches und glückliches Spanien in seinem völligen Umbau auf einer neuen Basis liegt. Die fortschrittlichen Kapitalisten wählten, als sie zwischen einem verrotteten sozialen System, das auf dem abwesenden Landadel beruhte, und einer neuen Volkswirtschaft mit eigenen sozialistischen Zügen zu wählen hatten, das letztere; hatte doch auch die Widerpenstigkeit der Reaktionäre in den ersten fünf Jahren der Republik eine Zwischenlösung unmöglich gemacht. Die besten bürgerlichen Elemente Spaniens stützen die legale Regierung, weil sie ihr Land und ihre Freiheit lieben; Franco und der Faschismus würden beides zer-

'stören. Während der zwei Regierungsperioden Azañas versuchte die liberale spanische Bourgeoisie, wenn auch darauf bedacht, so wenig als möglich nach oben anzustossen, einige Aenderungen einzuführen, die die Lebensbedingungen unter dem Kapitalismus gebessert und Spanien auf dem Wege des Fortschritts vorangebracht hätten. Sie wurde aber bei jedem Schritt von den Francos aufgehalten, und gerade in einer solchen Periode milder bürgerlicher Reform begann Francos' Rebellion, um die Republik zugrunde zu richten. Die ganze Existenz des aufgeklärten Bürgertums hing davon ab, ob das vorsichtige Programm Azañas Erfolg hatte. Es hätte den Kleinbauern, den Kaufleuten, der Industrie auch geholfen. Aber der Grundbesitz im Agrarstaat Spaniens schützte bloss sich selbst, — und auch das schlecht. So hatten also die fortschrittlichen kapitalistischen Elemente kaum Auswahl, als Franco den Bürgerkrieg begann. Franco hatte sie zurückgewiesen, die Sozialisten und Kommunisten hatten sie nicht nur geduldet, sondern sogar gestützt. Azaña, Martinez Barrio, die baskischen Katholiken und andere kapitalistische Gruppen sind heute sicher, dass ein faschistischer Sieg für Spanien Mittelalter und Armut bedeutet, während ein Triumph der legalen Regierung Spaniens auch dann nützt, wenn er letztlich dem spanischen Kapitalismus schadet. Anders ausgedrückt, das fortschrittliche spanische Bürgertum ist in sich selbst nicht einheitlich. Doch seine nationalen Interessen beherrschen seine Klasseninteressen, besonders wenn solche Klasseninteressen aus einer politischen Erstarkung der Grundbesitzer keinen Nutzen ziehen könnten. So steht in Spanien die herrschende Klasse auf beiden Seiten der Barrikaden. Ein Teil des Bürgertums hat sich zum Segen Spaniens zum freiwilligen Bundesgenossen des Proletariats gemacht. In dieser Hinsicht ist das spanische Bürgertum vom russischen ganz verschieden.

Largo Caballero, der sozialistische Führer, wurde am 4. September 1936 Premierminister, woraus hervorgeht, dass die Bedeutung der linken Republikaner abnahm. Sozialistische Züge bekamen stärkere Bedeutung. Als der Bürgerkrieg ausbrach, flohen viele Grundbesitzer und reiche Geschäftsleute aus dem Regierungsgebiet oder sie wurden schnell vor Gericht gestellt und als faschistische Helfershelfer verurteilt oder auch von den Bauern erschlagen als Vergeltung für all die Jahre der Armut und Erniedrigung. Ihr Besitz wurde daraufhin beschlagnahmt. Diese Beschlagnahmung indessen war nicht immer ordnungsgemäss oder von staatlichen Autoritäten geleitet. Oftmals nahmen die Bauern in der Casa del Pueblo, dem Volkshaus, vereinigt das Land in Besitz und verteilten es unter sich oder bearbeiteten es kollektiv. In den Städten wurden Hotels, Geschäfte, ausgedehnte Handelsunternehmungen, Fabriken und Transportmittel durch starke Gewerkschaften beschlagnahmt, wie die von den Sozialisten kontrollierte U. G. T. der die anarcho-syndikalistische C. N. T. oder durch verschiedene politische Parteien oder durch Regierungsabteilungen. Aber aus diesem Chaos schälte sich eine Tendenz heraus: der Ausbruch des Bürgerkriegs wirkte sich unmittelbar als ein Schlag gegen den Kapitalismus in Spanien aus. Diese soziale Revolution hat Franco bewirkt. Bei den Rebellen müssten die enteigneten Kapitalisten ihre Beschwerden einreichen. Ohne die Rebellion wären die Republikaner wohl noch für Jahre an der Macht geblieben. Selbst eine sozialistische Regierung hätte wohl gezögert, sehr radikale Massnahmen zu ergreifen. Aber was in all den Friedensjahren nicht geschehen war, das kam in den ersten drei Monaten zustande durch Francos Angriff auf die legitime Regierung.

Gleichwohl wurden die vielen Kleinbauern ebenso geschont wie die Kleingewerbetreibenden und ähnliche

Unternehmungen. Die Beschlagnahme kapitalistischen Eigentums war zunächst eine Massnahme gegen die politischen Feinde der legalen Regierung. Aber Formalitäten zählen nicht viel, wenn sie mit soviel sozialen Folgerungen durchflochten sind. Der Sozialismus hat im regierungstreuen Spanien grosse Fortschritte gemacht. Der Kapitalismus verharret indessen auch noch, und es liegt nicht in der politischen Linie der Regierung, ihn auszumerzen. Tatsächlich hat die Kommunistische Partei durch Anschläge sich für den Schutz der Kleinbesitzer in Stadt und Land eingesetzt, und andere radikale Parteien haben im selben Sinne propagiert. Solange der Kapitalismus besteht, haben die Republikaner einen Anteil am politischen Leben Spaniens, doch sie sind keine führende Partei. Die Teilnahme der bürgerlichen Parteien an der legalen Regierung ist auch ein Symbol. Für die Kapitalisten im faschistischen Spanien und in der übrigen Welt bedeutet das eine Versicherung, dass Valencia jetzt nicht im Sinn hat, einen Sowjetstaat oder eine kommunistische Regierung nach seinem Sieg im Bürgerkrieg einzusetzen.

Was in Spanien nach der Beendigung der Krieges geschieht, wird von den Umständen abhängen. Die Haltung der bürgerlichen Mächte und Sowjetrusslands wird dabei eine entscheidende Rolle spielen. Das Ausmass der Zerstörung und des Zerfalls durch den Bürgerkrieg muss man auch in Erwägung ziehen. Experimente, die die Feindseligkeit gewisser Bevölkerungsklassen hervorrufen, wird man kaum als förderlich für den Aufbau ansehen können. In Sowjetrussland hat die wirtschaftliche Not, die von der Intervention und vom Bürgerkrieg herührte, Lenin zur „Neuen Oekonomischen Politik“ gezwungen, die eine Konzession an den Kapitalismus war. Es gibt keine vollkommenen Analogien in der Geschichte; doch was die Bolschewiken taten, kann als Präzedenzfall für Spanien dienen. Die Länge des Bür-

gerkrieges wird in vielem die soziale Politik bestimmen, nachdem er vorüber ist.

Die Innenpolitik der spanischen Regierung ist jetzt festgelegt und wird für lange Zeit durch das Ineinanderspielen von drei Haupttendenzen bestimmt werden: die bürgerlich-linke republikanische, die marxistische und die anarcho-syndikalistische. Aber soziale Weltanschauungen und ihre irdischen Stellvertreter sind nun einmal so unrein wie Rassen, und keine Ideologie lebt in einem hermetisch verschlossenen Raum. Parteina-men sind sogar oft irreführend. Die französischen Radikalsozialisten sind Antisozialisten und Hitlers faschistische Organisation nennt sich „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei.“ Da ist es schon besser, sich an die dynamische Wirklichkeit selbst zu halten. In Spanien haben die bürgerlichen linken Republikaner ein paar marxistische Meinungen angenommen. Die Marxisten sind bereit, Kompromisse mit dem Kapitalismus zu schliessen. Die Anarchisten haben, wenn sie in der Theorie für völlige Freiheit und Anti-Zentralismus sind, Diktaturmethoden, wo sie konnten, angenommen und individualistische Bauern gezwungen, in Kollektivwirtschaften einzutreten, die nach Sowjetgrundsätzen geleitet wurden.

Franco ist das erste Kind des italienisch-deutschen Faschismus. Er selbst erklärt sich für den faschistischen Staat, falls die Armee ihn beherrscht, aber seine tiefsten Sympathien haben die monarchistischen feudalen Grundbesitzer, welche das Gleichgewicht im Spanien der Rebellen halten. Es ist kaum anzunehmen, dass Franco diesen Freunden mit dem Drängen lästig fällt, den Landhunger der Pächter zu befriedigen. Er kann das Agrarproblem nicht lösen, doch bleibt es Spaniens Hauptproblem. Nur der, der es löst, wird Spanien in Ruhe und Frieden regieren können.

Alle Gruppen des legalen Spaniens hassen das niederträchtige System der Landaufteilung, das vor dem Juli 1936 gegolten hat. Selbst die bürgerlichen Republikaner wollen eine durchgreifende Aenderung, und manche von ihnen, z. B. der Präsident Azaña, neigen jetzt zur Kollektivisierung. Ihm stimmen die Sozialisten begeistert zu. Aber die Kommunisten, die, wie man doch denken möchte, die Bannerträger der Kollektivisierung sein sollten, stimmen zwar im Prinzip zu, sind aber lau in der Praxis. Da sie daran festhalten, dass der Hauptzweck einer Kriegsregierung die Gewinnung des Krieges ist, fürchten sie, dass eine durchgeführte Kollektivisierung die Bauern im Gebiet der Regierung zu ihr in Widerspruch stellen könnte und die Gefühle der Tausende von landlosen und landarmen Spaniern im Francogebiet für die legale Regierung erkalten lassen; hoffen sie doch, ein Sieg der Regierung könnte ihnen verhelfen, eigene Felder aus dem Grossgrundbesitz der feudalen Barone zu erhalten. Die bäuerliche Bevölkerung würdigt diese Besorgnis der spanischen Kommunisten für den Kleinbauern. Was die Tausende von Bauern bezeugen, die der Partei beigetreten sind. Seit September 1936 ist in der legalen Regierung der Kommunist Vincent Uribe Ackerbauminister; obgleich er natürlich die Politik seiner Regierung ausübt, ist diese und die der Kommunisten so ähnlich, dass es höchstens bei der Durchführung Nüancen gibt.

Als ich Uribe am 24. Juni 1937 zuletzt interviewte, war er stolz auf die Tatsache, dass die spanische Regierung, umgekehrt wie es sonst im Krieg der Fall ist, die landwirtschaftliche Produktion gesteigert hat, und zwar um 10 Prozent über das vergangene Jahr. Das hat man dadurch erreichen können, dass man dem eigenen Interesse der Bauern einen Ansporn gab. Deshalb nahm Uribe besonders Anstoss an der Taktik der Anarchisten in Aragon, welche nicht nur Zwangskollektivisierungen

durchführten, sondern auch Ernten beschlagnahmten und mit wertlosem Geld bezahlten. Natürlich war das Resultat ein Niedergang in der Produktion.

Grossgrundbesitzer, meint Uribe, gehörten im regierungstreuen Spanien der Vergangenheit an. Ländereien über zwanzig Hektar waren aufgeteilt worden. Vielleicht hatte man noch in einigen ganz besonders dünnen Gegenden einige Güter, die grösser waren als zwanzig Hektar, gelassen. Doch als ich fragte, ob es noch über hundert Hektar grosse Güter gäbe, erklärte er mit Bestimmtheit, dass so etwas unmöglich sei. Aufgezwungene Kollektivwirtschaften, erklärte er, funktionieren schlecht und müssen aufgelöst werden. Aber spontane Kollektivisierungen hätten schon Staatsdarlehen von 60 000 000 Peseten bekommen und dazu die Ackerbaugerätschaften, die man aus der Sowjetunion importiert hatte. Frühere Landarbeiter, sagte Uribe, gingen oft freiwillig in die Kollektivgüter, Kleinbauern fast nie.

Ein wirklichkeitsnahes Eingehen auf die Bedingungen und Erfahrungen hat die Kommunisten in der Kollektivisierungspolitik Vorsicht gelehrt. Doch Jesus Hernandez, Minister für Unterricht und Gesundheitswesen und kommunistischer Parteiführer, erklärte am 28. Mai 1937 in seiner geschichtlich gewordenen Rede gegen Largo Caballero: „Die Sozialisierung der Güter setzt einen sehr hohen Stand der Entwicklung voraus. Haben wir einen solchen Stand schon in Spanien erreicht?“ Er hat die Frage mit „Nein“ beantwortet. Bei einem solchen Versuch, der kommunistischen Opposition zu einer künftigen Kollektivisierung eine theoretische Basis zu geben, hat Hernandez verdiente Kritik geerntet, besonders da die Theorie falsch sei. Sowjetrussland hat die allgemeine Kollektivisierung und eine ausgedehnte Industrialisierung im selben Jahr (1929) angefangen, und in Spanien, wo Maschinen, die die Kollektivisierung anreizen, angeschafft werden kön-

nen, weil die Regierung über Gold verfügt, könnte der sozialisierte Grundbesitz das Kapital für einen neuen inneren Markt und Industriezweige schaffen. Seit dem Sommer 1937 hat die kommunistische Partei tatsächlich ihre Propaganda für Kollektivisierung verstärkt. Trotzdem bleibt ihre Politik, den Kleinbauern zu schützen und ihm zu helfen.

Der hundertprozentige revolutionäre Intellektuelle, der in seinem Elfenbeinturm die vollkommene Revolution durchgeführt hat, lehnt die kommunistischen Methoden in Spanien ungeduldig ab. Er hat es in seinem Reagenzglaschen besser fertig gebracht, aber in der Politik ist die beste Probe der Erfolg, und in Kriegszeiten hat der Erfolg einen riesigen Wert. Die Bauern und Arbeiter verstehen die kommunistische Politik, und von allen Parteien haben die spanischen Kommunisten seit dem Ausbruch der Revolution die meisten Anhänger erworben. Im März 1936 war die spanische kommunistische Partei 20 000 Mitglieder stark, einen Monat später 50 000. Jetzt hat sie allein im Regierungsgebiet 400 000. Von der Politik abgesehen, verdankt die Partei ihr Wachstum hauptsächlich ihrem Rekord an den Fronten. Zu einer gewissen Zeit bestand das 5. Regiment, das wirklich ein Armeekorps war, aus 25 000 bis 30 000 Soldaten, lauter Kommunisten, die in Wahrheit die Front um Madrid hielten. Im Juli 1937 war die regierungstreue Armee etwa 520 000 Mann stark, von denen 210 000 Kommunisten waren. Viele der besten und beliebtesten Kommandeure waren Kommunisten. Dieser Umstand, aber auch die Einheit der Kommunisten, die Einfachheit ihres Zieles und die Kraft ihres Handelns haben so viele Spanier zu ihnen hingezogen, die der Bürgerkrieg zum ersten Mal überhaupt ins öffentliche Leben gebracht hat. Die spanischen Kommunisten haben auch daraus Nutzen gezogen, dass im Ausland, während die anderen bloss debattierten, die Kom-

munisten schon handelten und, mehr als andere politische Organisationen, gegen Franco ankämpften. Hätten England und Frankreich und das demokratische Bürgertum allorts den Regierungstreuen geholfen, dann wären auch die linken spanischen Republikaner zweifellos stärker, als sie jetzt sind.

Die spanischen Kommunisten werden die Gross-Bourgeoisie durch die Aufteilung der Güter und die teilweise Nationalisierung der Industrie ausschalten. Die Mittelklassen in Stadt und Land bleiben. Auf dieser Plattform sind auch die linken republikanischen Parteien — alle eigentlich kleinbürgerlich — bereit, sich mit den Kommunisten zu verbinden. Als mir der Präsident Azaña kürzlich seine ökonomischen Prinzipien auseinandersetzte, fragte ich ihn zum Spass, warum er nicht in die kommunistische Partei einträte. Er lehnte diese Zumutung ab, aber ich habe sie nicht ohne Grund gemacht. Da sie kein Programm mit irgend einer Dynamik ihr eigen nennen, finden die linken Republikaner wenige oder kaum neue Anhänger.

Zwischen den Kommunisten und den linken Republikanern besteht eine Einigung, zwischen den Kommunisten und vielen Sozialisten eine enge brüderliche Beziehung. Die sozialistische Partei hatte ungefähr 75 000 Mitglieder, als der Bürgerkrieg begann. Aber in der U. G. T., der Gewerkschaft unter sozialistischer Kontrolle, gibt es etwa 1 200 000 Menschen. Ausserdem haben die Sozialisten ein sehr wertvolles Plus an ihren Führern. Largo Caballero, bejahrt, aber ausserordentlich volkstümlich, Indalecio Prieto, ein scharfer Denker und geschickter Parlamentarier, Alvarez del Vayo, geliebt von der Jugend, geachtet von den ausländischen Diplomaten und Journalisten, von grosser Liebenswürdigkeit und rednerischem Feuer, Juan Negrin, ein guter Volkswirtschaftler und Praktiker, Luis Araquistain, ein prächtiger Pamphletist und Polemiker usw. usw.

Als Caballero sein Kabinett bildete, wurde er von den linken Republikanern und der weitherzigen Mitarbeit der Kommunisten unterstützt, die zwei Ministerien erhielten, Erziehung und Ackerbau, aber die Anarchisten wurden nicht gefragt, weil ihre antiparlamentarische Haltung bekannt war. Die Anarchisten waren von den Sozialisten und Kommunisten durch einen breiten Graben von Misstrauen getrennt, von Zwistigkeit und einer ganzen Kette von Streit und Missverständnis.

Für naive Leute und für einige bürgerliche Staatsmänner sind Kommunismus und Anarchismus ein- und dasselbe. Doch ihre Weltanschauungen, wenn nicht ihre Endziele sind entgegengesetzte Pole und ihre Methoden sind auch vollständig entgegengesetzt. Die Kommunisten bauen auf strikte Disziplin, auf Massenaktionen, um ihr Programm zu verwirklichen. Sie lehnen Gewaltanwendung ab, wenn sie ihnen nicht aufgezwungen wird, bis auf das letzte Endziel der Machtergreifung. Anarchisten aber glauben an keine Unterordnung des Individuums in eine Gruppe und an den individuellen Terror. Sie hassen die bestehende kapitalistische Ordnung nicht weniger als die Kommunisten. Aber sie neigen dazu, prominente Personen oder Sachwerte zugrunde zu richten, mehr um diesem Hass einen Ausdruck zu geben, als ein praktisches Ziel zu erreichen. Kommunisten und Sozialisten verurteilen den Staat nicht als solchen. Sie ziehen nur ihren eigenen vor. Während die Anarchisten, indem sie all das Böse an den Staaten sehen, von denen sie unterdrückt werden, alle Staaten für schlecht halten, sogar den, den sie aufrichten, — im letzteren haben sie wahrscheinlich recht.

Die anarchistische Bewegung hat in Spanien eine lange Geschichte. Jahrzehntlang war der Russe Bakunin in Katalonien und Andalusien weit bekannter

und in grösserem Masse anerkannt als der Deutsche Marx. In der Vergangenheit haben die spanischen Anarchisten sich geweigert, mit den Sozialisten und Kommunisten zusammenzugehen, die sie als reaktionär ansehen. Wichtige Streiks waren oft zusammengebrochen durch zu heftige oder zu voreilige Aktionen der Anarchisten. Oft waren auch Gerüchte im Umlauf, dass kleine Anarchistenführer von den Fabrikanten gekauft waren oder käuflich seien. Die Feindschaft zwischen Anarchisten und Marxisten war beträchtlich.

Die Anarchisten begrüßten zwar die Gründung der Republik, aber sie weigerten sich, irgend einen Kontakt selbst mit ihren radikalsten Verfechtern aufzunehmen. Gemäss ihren Prinzipien weigerten sie sich, an Wahlen teilzunehmen oder Abgeordnete ins Parlament zu schicken. Im Jahre 1934 und 1936 kam es aber dazu, dass die Anarchisten mit ihren Stimmen einen republikanischen Kandidaten im Parlament stützten, der in Gefahr stand, durch einen Reaktionär ersetzt zu werden, und als Franco rebellierte, haben die F. A. I. (Anarchistische Federation von Iberien) und die C. N. T. (die von der F. A. I. geführte Gewerkschaft) sich sofort für die gefährdete Republik erklärt. Die anarchistische Bewegung in Spanien ist zutiefst revolutionär. Viele ihrer Anhänger sind Arbeiter und arme Bauern, und gar keine andere Stellungnahme war zu erwarten. In den ersten Tagen der Revolution stürmten Anarchisten tapfer die Francokasernen in Barcelona und unterdrückten rasch die Meuterei. Die Anarchisten wurden die Verbündeten der Volksfront, aber sie waren keine friedlichen Tischgenossen. Man hat sich in Spanien während der ersten Bürgerkriegsmonate oft erzählt, dass viele Faschisten und Freunde Francos, die nicht mehr rechtzeitig auf Rebellengebiet entkommen konnten, in die F. A. I. oder in die C. N. T. eintraten; nicht nur aus Selbstschutz, sondern auch um allerlei Akte zu

begehen, die die Einheit der Regierungstreuen untergraben und ihre Sache in Verruf bringen konnten. Es ist eine Tatsache, dass die anarchistischen Organisationen am Anfang der Rebellion ihre Türen weit öffneten. Und wirklich, während die sozialistische Gewerkschaft Aufnahmen doppelt erschwerte, um fragwürdige Charaktere abzuhalten, die den Eintritt nur versuchten, um ihre Haut zu retten, weiss man von der C. N. T., dass sie die Menschen zum Eintritt bewogen hat. Diese Durchdringung der anarchistischen Organisationen von regierungsfeindlichen Elemente mag in einem gewissen Ausmass die anarchistische Politik beeinflusst haben, aber wenn sie es tat, dann hat sie nur eine schon bestehende Tendenz unterstrichen. Im ersten Augenblick des Bürgerkrieges hätten die Anarchisten, wenn man sie hätte gewähren lassen, sich all der Leute entledigt, die irgendwie mit der alten Ordnung zusammenhingen, und jede kapitalistische Einrichtung ausgerottet. Zu den Anhängern der alten Ordnung hätten sie sicher die meisten bürgerlichen linken Republikaner gerechnet, sogar wenn diese ausgesprochen gegen Franco gewesen wären und, so tapfer sie konnten, an der Front gekämpft hätten. Sie hätten nicht nur die Grossgrundbesitzer und die Schwerindustriellen enteignet, die die Rebellen begünstigten, sondern auch die Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden, die, wenn auch Kapitalisten, für die Regierung waren, weil sie unter dem Regime des feudalen Landadels und der gierigen Industrie gelitten haben. Tatsächlich führten die Anarchisten soviel von ihrem Programm aus, als es ihnen möglich war. In Katalonien, wo sie am stärksten waren, und auch überall sonst, wo es möglich war, beschlagnahmten sie Hotels, Fabriken, Autobuslinien, Taxigesellschaften usw. und verwalteten sie in einer Weise, die die Bemühungen der Regierung um wirtschaftliche Zentralisierung in Missruf brachten. Handelsgesell-

schaften kamen unter die Leitung von Angestellten- oder Arbeiterkomitees, die oft Misswirtschaft damit trieben und durch ihren Mangel an jeglicher Erfahrung die Einkünfte verminderten, obgleich die Kriegsbedürfnisse eine erhöhte Produktion verlangten. In den Dörfern bestanden die Anarchisten öfters mit dem Gewehr in der Hand auf der Auflösung individueller Bauernsitze und auf der kollektiven Landbearbeitung, wenn die Bauern gerade froh das beschlagnahmte Land unter sich verteilt hatten.

Wenn die Justiz, wie sie von der Regierung gehandhabt wurde, ihnen zu langsam und vorsichtig schien, zögerten die Anarchisten nicht, die Sache in ihre eigene Hand zu nehmen. Wenn es in anarchistischen Reihen wirklich Faschisten gab, so haben solche eigenmächtigen Unternehmungen sie wohl befähigt, ihren eigenen Zielen im Dunkeln nachzugehen, indem sie Freunde der Republik verschwinden liessen oder nachts Gewehre abfeuerten und Handgranaten warfen, um Panik zu stiften und ein Gefühl von Chaos entstehen zu lassen. Gleichzeitig haben sich die anarchistischen Kampfeinheiten nicht besonders gut an der Front geführt. In den ersten Kriegsmonaten liefen alle Milizen ohne die geringste Entschuldigung häufig vor dem Feind davon. Sie waren schlechte Soldaten — weil sie überhaupt keine Soldaten waren. Aber die Anarchisten sündigten in dieser Hinsicht noch häufiger. Die legale Armee fing mit sehr wenig Offizieren an, und diese wenigen waren ungeübt. Einige waren politisch unzuverlässig, was ohne Zweifel viele militärische Misserfolge veranlasste. Aber während viele Kampfeinheiten die ihnen geschickten Offiziere annahmen und selbst versuchten, eine Art militärischer Disziplin einzuführen, wurden die anarchistischen Einheiten von Soldatenkomitees befehligt. Ob eine besondere Formation den Befehl des Kommandanten auszuführen und in die Schlacht zu ge-

hen hatte, wurde durch allgemeine Abstimmung und dann oft negativ entschieden. Jede Einzelheit wurde demokratisch gehandhabt. Ralph Bates, der begabte englische Schriftsteller, eine Autorität in Spanienfragen, erzählt, wie er Durruti traf, den beliebten Anarchistenführer, der den Rang eines Generals hatte, wie er irgendwo in einer Reihe von hundert Wartenden mit Topf und Löffel für sein Mittagessen anstand, während Tausende anarchistischer Soldaten an der Aragonfront unter seinem Kommando standen. Das war typisch für ein Verhalten, das den Wert der anarchistischen Kriegsbeteiligung oft herabsetzte.

Die Anarchisten waren ein Problem und oft ein Schaden, aber ihr tiefer Halt in weiten Schichten der Bevölkerung, ihr revolutionärer Eifer und die Ergebenheit ihrer überwältigenden Mehrheit für die Sache der Regierung waren ein wirkliches wirksames Plus. Sie waren vom Fleisch und Blute des Antifaschismus, und man musste für sie und die anderen Antifaschisten einen *modus vivendi* finden. Sie selbst wollten sich beteiligen. Ende September und Anfang Oktober 1936 fingen sie an, auf ihre Teilnahme an der Regierung zu drängen. Ja, da sie solche Redewendungen liebten, verlangten sie die Abschaffung des Kabinetts und die Schaffung eines „Verteidigungsrats“ unter starker anarchistischer Beteiligung. Sie hätten dann so an keiner „Regierung“ teilgenommen, waren sie doch gegen Regierungen, und Anarchisten wollen keine Minister werden. Dann aber liessen sie diese Wendung fallen und verlangten ganz einfach Ministersitze für ihre Führer. Das erweckte eine Opposition bei den Volksfrontparteien. Man sagte den Anarchisten einen Mangel an Kontrolle ihrer Anhängerschaft nach, und dass sie nicht mit ganzem Herzen mitarbeiten würden. Aber der andere Gesichtspunkt herrschte vor, und im November 1936 wurde das Caballero-Kabinet unter Einschluss

von vier anarchistischen Ministern umgebildet. Der populäre katalanische Anarchistenführer Garcia Oliver wurde Justizminister. Viele Anarchisten bemühten sich um ehrliche Mitarbeit. Diese Realität der Amtsverantwortung wirkte bereinigend. Eine Anzahl anarchistischer Führer waren sich immer über den Vorrang der Front klar gewesen. Das traf besonders auf Durruti zu, der seine meiste Zeit bei der Armee verbrachte und dort half, den anarchistischen Brigaden militärische Disziplin beizubringen. Er wurde unglücklicherweise im Dezember bei Madrid getötet.

Die linken Republikaner, die Sozialisten und Kommunisten sahen das Problem in der Notwendigkeit, die anarchistische Aufmerksamkeit auf die Front zu lenken. Eine soziale Revolution war unumgänglich im Bürgerkrieg enthalten. Der Kapitalismus hatte schon schwere Schläge bekommen, und schon war das soziale Leben nach der Zukunft hin gerichtet. Doch dies noch weiter zu treiben, hiess es zerstören. Lenin kollektivisierte nicht im Jahre 1918. Was für einen Nutzen hätten Kollektivwirtschaften und sozialisierte Industrie, wenn Franco gewinnen sollte? Für den Bauern ist der Faschismus ein sehr greifbares Uebel. Er ist für ihn eins mit Grundbesitzern, mit politischen Zuhältern, mit reaktionärer Regierung, mit Unterdrückung. Am Kampf gegen diese Mächte begeistert er sich. Dieser Kampf hat ihm schon konkrete Vorteile gebracht. Im Mai 1937 sind schon mehr als drei Millionen Hektar Land beschlagnahmt und verteilt worden. Der Bauer wird wie ein Löwe fechten, damit der Grundbesitzer nicht wieder zur Macht kommt. Wenn die Bauern selbst beschliessen, ihre Güter kollektiv zu bewirtschaften, so kann man nichts dagegen einwenden. Aber die Kollektivisierung zwangsmässig einführen, gegen den Willen der Bauern — wie es mancherorts geschehen ist —, das ist unklug. In Russland haben die Bauern während des

Bürgerkrieg von 1918—21 meistens zu den Sowjets gehalten und ihnen dadurch geholfen, die Weissen zu schlagen, nur aus dem negativen Grund, weil die Weissen die Grundbesitzer zurückgebracht hätten. Doch teils, weil noch nicht alle spanischen Anarchisten zu diesem Gesichtspunkt vorgezogen waren, teils aus der alten Rivalität zwischen Marxisten und Anarchisten fuhren die letzteren fort, ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich auf das Hinterland zu lenken. Im Januar und Februar 1937 konnte man drei Vorwürfe gegen die Anarchisten hören: ihre Brigaden an der Front weigerten sich oft zu kämpfen, die schwer beschaffte Munition, die man ihnen gab, um gegen Franco zu kämpfen, hielten sie in den Städten hinter der Front zurück für eine von manchen Anarchisten für unvermeidlich angesehene Auseinandersetzung mit Kommunisten und Sozialisten, und ausserdem hätten anarchistische Gruppen durch Zwangskollektivisierung Bauern in katalanischen Dörfern und in der Provinz Levante dazu gebracht, ihre Waffen gegen die Obrigkeit zu wenden. Andererseits konnten die Anarchisten allerhand, wenn sie wollten, und ihre Hilfe bei Transporten und bei der Beschaffung von Essen und anderen Dingen wurde von Regierungsabteilungen oft gewürdigt. Um dieselbe Zeit gelang es der Regierung von Valencia immer mehr, die Autorität in ihren Händen zu zentralisieren, so dass auch die individuellen Akte der Anarchisten abnahmen. Kurz und gut, die anarchistische Mitarbeit an der Regierung besserte sich.

Eine breite, unversöhnliche und zu keiner Zusammenarbeit bereite Anarchistengruppe war zurückgeblieben, die besonders in Katalonien oft die Situation beherrschen konnte. Diese Gruppe fand Stütze und Hilfe in den Trotzlisten von der P. O. U. M., die von der Partei der Arbeiter und Bauern gebildet wurde, die Maurin zum Führer hatte, und von der trotzkistisch-kommu-

nistischen Opposition, die von Andres Nin geführt wurde. Die P. O. U. M. lehnte es ab, sich mit Trotzki 4. Internationale zu identifizieren und zeigte sich bereit, trotz der trotzkistischen Gegnerschaft zur Volksfront in eine Volksfrontregierung in Katalonien einzutreten. Doch ist die P. O. U. M. dem Wesen nach trotzkistisch: in ihrer vollständigen Abgeneigtheit, mit liberal-bürgerlichen Antifaschisten zusammenzuarbeiten, und ihrer Forderung nach einer vollständigen und sozialen Revolution (zwei untrennbare Stellungnahmen). Vielleicht war das Kollektivisierungsproblem das allerumstrittenste. Zwölf Jahre nach der siegreichen russischen Revolution hatten sich die Trotzlisten der Kollektivisierung widersetzt, doch mitten im spanischen Bürgerkrieg bestanden sie auf ihr, als der Sieg noch zweifelhaft war, als die Sozialisierung von Gütern ganz sicher die loyalen Gefühle vieler Bauern dämpfen musste, deren Hilfe für den militärischen Erfolg unerlässlich war. Am stärksten waren die Trotzlisten in Barcelona, anderswo waren sie nicht sehr zahlreich, wenn sie auch in Madrid und anderen Städten ein paar Hotels, Gebäude und Privatautomobile beschlagnahmt hatten. Doch waren sie energisch geführt und redeten laut. Sie stützten sich auf die Anarchisten und konnten sie auch beeinflussen, da das politische Denken der Anarchisten oft naiv war.

Als der Krieg ausbrach, haben die zwei Hauptargumente der Trotzlisten sich gegen die Popularität der P. O. U. M. ausgewirkt. Eins ihrer Argumente war gegen die Volksfront, das andere gegen die Sowjetunion. In Spanien war die Volksfront, besonders nach dem Juli 1936, zum Symbol geworden. Sie stellte die Einheit dar, ohne die der Faschismus nicht besiegt war. Ihre Bekämpfung durch die Trotzlisten wurde von den Massen mehr und mehr feindlich aufgenommen.

Das Volk fühlte sich auch durch den Antisowjetismus abgestossen. Russland war sehr populär bei allen Antifaschisten, sogar bevor noch die grossen Sendungen von Flugzeugen und Munition begonnen hatten. Ich kam Mitte September 1936 nach Spanien und nahm den Nachtzug von Valencia nach Madrid. Alle Abteilungen waren gestopft voll von Soldaten. Aber es gelang mir, eine Bank zu finden, wo ich mich ausstreckte und einschlief. Mitten in der Nacht wurde ich durch einen Schlag auf die Schulter geweckt, und als ich meine Augen öffnete, standen sechs Milizsoldaten mit Gewehren vor mir. Ihr Befehlshaber trug das rot und schwarze Seidenhalstuch, das ihn als Anarchisten kennzeichnete. Er fragte mich höflich nach meinen Papieren. Ich zeigte ihm den Geleitschein, den ich von der spanischen Botschaft in Paris bekommen hatte. Damit war er noch nicht zufrieden. Ich zeigte ihm meinen Pass von der Provinzialregierung von Valencia, auch das genügte ihm nicht.

„Sind Sie Italiener?“, fragte er.

Ich sagte: „Nein.“

„Sind Sie Deutscher?“

„Nein.“

Dann zog ich meinen Reisepass heraus und sagte: „Ich bin Nordamerikaner.“

Er sagte: „Faschist oder Antifaschist?“ Ich nahm ihm den Reisepass weg, öffnete ihn und sagte: „Sehen Sie hier? Das ist ein Sowjetvisum.“ Und ich zeigte ihm Sichel und Hammer. Dann schlug ich eine andere Seite auf und zeigte ihm ein zweites Sowjetvisum. Dann wieder eine andere und zeigte ihm noch ein Visum. Darauf hob er die Faust und sagte: „Salud, Camarada“. Und das tat ein Anarchist zu einem Zeitpunkt, da Russland nur Nahrungsmittel, Kleider und etwas Industriematerial geschickt hatte. Ein paar Monate später war Russland das von allen Spaniern geliebte Land; sie wussten,

dass Russlands Hilfe die Sache der legalen Regierung mitgerettet hatte, und das wusste jeder, denn in Spanien gibt es keine Geheimnisse. Die trotzkistische Mitgliederschaft nahm entsprechend ab. Es war unmöglich in Spanien geworden, Stalin als einen Gegenrevolutionär und Nationalisten darzustellen.

Die Zusammenarbeit der Trotzlisten und der abtrünnigen Anarchisten machte trotzdem der legalen Regierung auch weiterhin Aerger und Unruhe. Geheime Erschiessungen, Beschlagnahmungen von Waffentransporten, die für die Front bestimmt waren, und offene Unruhen wie im Mai 1937 in Barcelona haben die Aufmerksamkeit der Valenciaregierung von ihrer Hauptaufgabe, der militärischen, ablenken müssen.

An den Fronten stand es nicht gut. Malaga fiel im Februar. Die Deutschen hatten immer Franco zugesetzt, dass er Madrid nicht mit einem Frontalangriff nehmen könne. Er widersetzte sich aber. Erst, als ihn wiederholte Fehlschläge überzeugten, dass der Nazigeneralstab in Salamanca recht hatte, nahm er seinen Vorschlag an, die Strasse nach Valencia abzuschneiden und die Hauptstadt zu isolieren. Als sich aber auch dieser Plan dem hartnäckigen Widerstand gegenüber als unzureichend erwiesen hatte, setzten die Rebellen ihre Truppen gegen schwächere periphere Punkte ein. Sie griffen zuerst Malaga an, dann Bilbao und Santander. Die legale Regierung bekam genug Warnungen zu hören, was die Bedrohung Malagas anging. Dieser südliche Seehafen brauchte Waffen. Es fehlte ihm ein Verteidigungsplan. Den erhielt er erst, als es schon viel zu spät war. Jeder tadelte jeden für diesen Fehlschlag. Doch letzten Endes war Caballero genötigt, den General Asensio, den stellvertretenden Kriegsminister und Generalstabschef, zu entlassen; Zweifel an seiner Aufrichtigkeit oder wenigstens Fähigkeit waren dem Premierminister schon vor Monaten nahegelegt worden.

Malagas Fall erschreckte die Legalen, und sie strengten sich jetzt doppelt an. Im März bewirkte die Regierung eine einschneidende Niederlage der italienischen Divisionen, welche durch Guadalajara gegen Madrid vorrücken wollten, und zur selben Zeit verzeichnete sie Erfolge an der Cordoba-Front. Noch lief die Kriegsmaschine, doch lief sie zur Zeit langsam. Ungeduldig verlangte das Volk stärkere Kriegserfolge. Gerüchte waren in Umlauf, dass Juan Negrin, der Finanzminister, den Premierminister in seinem Amt als Kriegsminister ablösen sollte. Krieg führen fordert Begabung, Beweglichkeit, Einführung in die menschliche Psychologie, Bereitschaft, Ratschläge zu befolgen, Geschicklichkeit in der Wahl von Untergebenen, Bereitwilligkeit, zuverlässigen Mitarbeitern auch Autorität zu belassen, und grosse körperliche Energie, die man in schwere lange Arbeitsstunden hineinstecken muss. Caballero war mit solchen Gaben nicht allzu reich versehen. Man fing nach und nach an, ihn immer mehr zu kritisieren.

Diese Schwierigkeit wurde noch verschärft durch die internationale politische Entwicklung. Im Dezember 1936 trat eine Gruppe linker sozialistischer Führer, die früher Caballero gestützt hatten, zur kommunistischen Partei über. Der Kampfgeist der Kommunisten wirkte auf sie wie ein Magnet. Das verstimmte Caballero, und die Kommunisten versprachen, in Zukunft solche Uebertritte nicht zu ermutigen. Doch Caballero konnte sich mit der wachsenden Stärke der kommunistischen Partei nicht aussöhnen. Er warf ihr „Proselystenmacherei“ vor. Das Anwachsen der kommunistischen Mitgliederzahl machte sich besonders in der Armee fühlbar. Viele politische Kommissare, die die Propaganda leiteten und straffere Disziplin in der Armee einführten, waren Kommunisten. Viele begabte neue Kommandeure waren Kommunisten. Der alte und populäre General Miaja, der Verteidiger von Madrid,

und General Pozas, der spätere Oberkommandierende von Barcelona, wurden Kommunisten. Dieser Aufstieg eines jungen Rivalen verdröss Caballero. Seine Beziehungen zu ihm wurden gespannt. Gleichwohl hatten die Kommunisten sowohl ihn wie seine Politik heftig verteidigt. Sie hatten versucht, ihn vor seinen Kritikern und Gegnern zu schützen. Nun wurden auch sie kühl. Unter diesen Umständen — da die Notwendigkeit der Einheit in Kriegszeiten die Regel des gewöhnlichen demokratischen Ausbalancierens der politischen Kräfte noch nicht ausgeschaltet hatte — begann Caballero den Anarchisten den Hof zu machen. Er hatte für die Anarchisten nicht viel übrig. Als ich ihn einmal interviewte, zeigte er auf ein paar Handgranaten und sagte: „Sehen Sie sich das mal an. Die Anarchisten machen solche Sachen für ihre Tätigkeit im Hinterland. Aber an der Front kämpfen sie nicht.“ Caballero und Araquistain, ein wichtiges Mitglied seines „Gehirntrasts“, haben immer die Anarchisten heftig angegriffen. Politiker machen aber manchmal Frieden, wenn man das Frieden nennen kann, zwischen recht seltsamen Tischnachbarn.

Als die abtrünnigen Anarchisten und POUM-Leute im Mai 1937 ihren Putsch gegen die legale Regierung in Barcelona machten, tadelte man Caballeros Lauheit als Folge dieser neuen Freundschaft. Die Kommunisten forderten nun, Caballero möge sich vom Kriegsministerposten zurückziehen, aber dabei Regierungschef bleiben. Er lehnte das ab. So kam es zur Regierungskrise.

Bei dieser und bei anderer Gelegenheit standen nicht alle Sozialisten auf Seite Caballeros. Er war zwar der Führer der Sozialisten, doch hatte die Stütze, die er bei ihnen finden konnte, durch seine laue Kriegsführung und seine Annäherung an die Anarchisten, die die Sozialisten gewöhnlich als ihre ideologischen Feinde ansahen, nachgelassen. Als Caballero darlegte, unter welchen Bedingungen er Premierminister bleiben

wollte, folgten ihm daher die rechten Sozialisten nicht, die von Negrin und Prieto geführt wurden. In mancher Hinsicht bedeutet „rechte Sozialisten“ nur einen Namen. Die Erfahrung der ersten Jahre der Republik hatte manchen Gemäßigten revolutionäre Haltung gegeben, und der Bürgerkrieg tat sein Uebriges.

Präsident Azaña beauftragte nun Negrin, eine neue Regierung zu bilden. In Uebereinstimmung mit dem demokratischen Prinzip, dem die legale Regierung leidenschaftlich ergeben ist, fragte nun Negrin sowohl bei allen Repräsentanten aller, buchstäblich aller politischen Parteien an, als auch bei den beiden Gewerkschaftsverbänden, der U. G. T. und C. N. T. Er ersuchte sie alle, sich der Regierung anzuschließen. Die Anarchisten, Caballero und die Gewerkschaften lehnten sein Ersuchen ab. Daraufhin bildete er sein Kabinett aus linken Republikanern, rechten Sozialisten, Kommunisten, baskischen Katholiken und Katalanen. Nun erklärten sich mehrere Einzelgruppen der U. G. T. bereit, Negrin zu unterstützen, und am 28. Mai 1937 beschloss das Nationalkomitee dieser ausgedehnten Organisation mit 24 Stimmen gegen 14, seinem Exekutivkomitee einen Verweis zu geben, weil es gegenüber dem neuen Premierminister ein negative Haltung eingenommen hatte. Trotz Caballeros Einfluss, ihres alten Führers, kann sich die U. G. T., obwohl sie an der Regierung nicht teilnimmt, nicht gegen Negrin aussprechen, ohne in ihren eigenen Reihen einen ernststen Zwiespalt zu bewirken.

Das Programm der Regierung Negrin besteht darin, den Krieg zu gewinnen, trotz der verstärkten Intervention Italiens und Deutschlands. Doch die Vorbedingung des Sieges ist, wie die meisten auch fühlen, die Unterdrückung jeder unabhängigen und unverantwortlichen anarchistischen Aktion. Wenn Barcelona Ernährungsschwierigkeiten hat, so teilweise deshalb, weil die Halb-

blockade im Mittelländischen Meer die Einfuhr erschwert. Aber hauptsächlich auch, weil die Anarchisten die katalanische Bauernschaft verstimmt haben, die, wenn sie für den Markt produziert, zu hohen Preisen verkauft. Wenn das Bürgertum in Barcelona hie und da Franco gegenüber Valencia vorziehen würde, so entspringt das zuweilen ihren natürlichen Klassensympathien, oft aber auch einer Reaktion gegen Terror und Misswirtschaft der Anarchisten.

Die Regierung Negrin hat zahlreiche Anarchisten verhaftet, etliche ihrer privaten Waffendepots ausgegraben und beschlagnahmt, jene selbstbewussten, auf eigene Faust einschreitenden bewaffneten anarchistischen Posten auf Gassen und Landstrassen verschwinden lassen und eine zentrale, verantwortliche Regierungspolizei eingesetzt, zeitweise einige anarchistische Publikationen wegen ihrer scharfen Angriffe auf die Regierung untersagt — vor Mai 1937 hätten die Behörden so etwas nie gewagt —, Zwangskollektivisierungen in den Dörfern abgestellt und den Aragon-Kriegsrat aufgelöst, der die Regierungstruppen an der Ostfront in einer solchen Inaktivität gehalten hatte, dass sie nahezu demoralisiert waren. Diese Bereinigung in Aragon diente zum Vorspiel einer Offensive im Huesca-Saragossa-Teruel-Gebiet. Die starke Hand Negrins gegen die Anarchisten stellte die öffentliche Sicherheit wieder her. Die Regierung war jetzt so weit, dass sie an die Wiederöffnung der katholischen Kirchen herangehen konnte. Diese Massnahme, die zuerst von den Kommunisten betrieben wurde, war hinausgezögert worden, bis die Regierungskontrolle stark genug war, um Zwischenfälle durch unverantwortliche Elemente auszuschließen. Die Sozialisten von der Art Negrin-Prieto sind unnachgiebiger in ihrer Haltung den Anarchisten gegenüber als die meisten Kommunisten. Die letzteren meinen, dass auch eine ernste Bestrafung für Verfehlun-

gen Hand in Hand gehen muss mit einer Werbung, die in Freundschaft endet, aber die Sozialisten sind nicht darauf vorbereitet, der anarchistischen Gruppe Obdach zu gewähren, bis sie bei weitem schwächer ist als jetzt. Eine breite anarchistische Fraktion, die einsieht, dass ihre grossen Fehler viele Anhänger entfremdet haben, und die durch Negrins energische Schritte ernüchtert ist, bereitet sich schon vor, an einer unverfälschten Volksfrontpolitik teilzunehmen. Andere mögen diese Einsicht vor nicht allzu langer Zeit haben.

5. GEWALTTÄTIGKEITEN.

Aus diesen Schwierigkeiten in der inner-politischen Lage des regierungstreuen Spaniens lässt sich die Frage der Gewalttätigkeiten erklären, die in der Presse so grosse Bedeutung angenommen hat; auf dieselbe Art erklärt auch die politische Lage im Francogebiet die Morde und Hinrichtungen, welche dort stattgefunden haben. Gewalttätigkeiten sind auf beiden Seiten vorgekommen. Der Bürgerkrieg ist ein Höhepunkt des Parteihasses, er verschärft diesen Hass aufs äusserste, die beiden Gegner stehen sich schroffer denn je gegenüber, und jeder gibt offen seine Absicht kund, den anderen zugrunde zu richten. Wo die Leidenschaften so aufgewühlt sind und besonders, wo noch das spanische Temperament hinzukommt, wird es unvermeidlich, dass viel Blut fliesst. Der spanische Bürgerkrieg ist nun einmal kein Vergnügungsausflug. Viele als solche bekannte Antifaschisten lebten im Francogebiet, und zahlreiche Francofreunde blieben in der Reichweite der legalen Regierung. Diese konnten ihre besonderen Feinde in den Rücken treffen. Beide Parteien versuchten daher, sie unschädlich zu machen. Als die Rebellenarmee sich Madrid näherte; war General Mola, dem die Operationen oblagen, unvorsichtig genug, zu erklären, dass er

aus verschiedenen Richtungen mit vier Kolonen heranrücke. Eine „fünfte“ Kolonne aktiver Francofreunde würde sie in der Hauptstadt begrüssen und ihnen bei ihrem Einmarsch helfen. Was hätte also die legale Regierung machen sollen, als sofort die mutmasslichen Mitglieder dieser „fünften“ Kolonne herausfinden und unschädlich machen? Franco ging ähnlich vor. Wenn er eine Stadt oder ein Dorf einnahm, dann bemächtigte sich seine Spezialpolizei schnell aller Männer und Frauen, die nach den Informationen in den Reihen der Regierung gekämpft hatten, solcher Gewerkschaftsmitglieder, die ihm sicher feindlich gesinnt und für Sabotageakte und Unruhen zu haben waren, solcher Bauern, die durch Wort oder Tat ihre feindliche Haltung bezeugt hatten. Er machte mit allen kurzen Prozess, ohne sorgfältig auf den Einzelfall einzugehen. Gleichwohl sagt Douglas Jerrold, ein katholischer Francofreund, im Aprilheft 1937 der „American Review“: „Auf der Seite der Nationalisten hat es keine Gewalttätigkeiten gegeben. Sie waren dort nicht nötig.“ Es ist gut, dass er auf diese Art schreibt, denn niemand wird ihm von jetzt an noch ein Wort glauben.

Doch gibt es sehr sprechende Unterschiede zwischen den faschistischen und antifaschistischen Gewalttätigkeiten. Aus einem einfachen Grund sind die von Rebellen begangenen Gewalttätigkeiten viel zahlreicher gewesen: es gab im Gebiet der Rebellen viel mehr Leute, die zur legalen Regierung hielten, als es im Regierungsgebiet Leute gab, die zu den Rebellen hielten. Viele reaktionäre Grundbesitzer, Industrielle und Faschisten waren gewarnt worden und vor dem Bürgerkrieg geflohen, oder sie hatten aus dem Chaos der ersten Wochen ihren Vorteil gezogen und waren in solche Gebiete gegangen, auf denen Francos Hand lag. Aber Bauern und Arbeiter haben gewöhnlich nicht die Mittel und die persönlichen Transportmöglichkeiten, um eine

Flucht zu bewerkstelligen, und wirklich wird ihnen ein solcher Gedanke auch kaum beikommen. Die Millionen der Landbevölkerung, die an Ort und Stelle blieben und dadurch Francos Rache ausgesetzt waren, übertrafen natürlich ausserordentlich die der Rebellenfreunde, die in die Hände der legalen Regierung fielen.

Man definiert den Bürgerkrieg als einen Angriff auf eine gesetzmässige Regierung. Er schwächt diese Regierung, und das galt besonders für die schwache Madrider Regierung im Sommer 1936, die über keine Armee und kaum mehr über den Hauptteil ihrer Polizei verfügte und von verschiedenen Gruppen gestützt wurde, die sie garnicht durchkontrollieren konnte, falls diese sich der Kontrolle entziehen wollten. In der Tat sind alle Gewalttätigkeiten im Regierungsgebiet durch solche individuellen oder Gruppenhandlungen eigenmächtig begangen worden. Die Zeit, in der solche eigenmächtigen Handlungen möglich waren, dauerte einige Monate. Nach und nach wuchs jedoch die Autorität der Zentralregierung. Sie verbot gesetzlose Terrorakte und machte in ihrer Presse und in ihrem Radio dagegen Propaganda. Zuwiderhandelnde wurden alsbald bestraft. Natürlich wurden Rebellen, Spione und andere von den Behörden weiter verhaftet, doch sie kamen vor öffentliche Gerichte und hatten das Recht, gegen Gerichtsbeschlüsse Einspruch zu erheben. Auf die Anarchie der ersten Zeit folgte ein normaler Gerichtsvollzug. Die Gewalttätigkeiten waren hier nur ein Begleitumstand jener Unordnung gewesen, die entsteht, wenn eine kleine, aber starke Minderheit eine nicht genug starke, aber populäre Regierung absetzen möchte. Doch die Zahl solcher Exzesse nahm ständig ab, und nach sechs Monaten Bürgerkrieg gehörten Gewalttätigkeiten im Regierungsgebiet der Vergangenheit an. Das bedeutet nun nicht, dass nicht noch einzelne Totschlagfälle vorkamen.

Bei Franco aber sind die Gewalttätigkeiten fortgesetzt worden und müssen auch weiter fortgesetzt werden. Sie sind dort kein Zwischenfall, sondern ständige Politik, eine Waffe, um den Gegner zu unterdrücken. Kommt doch dieser Gegner immer wieder hoch, dort, wo man geglaubt hat, er sei endgültig erledigt. Franco hat diese Möglichkeit von Anfang an vorausgesehen. Am 29. Juli 1936 erklärte er in Tanger einem Korrespondenten der Londoner „News Chronicle“, er wolle „Spanien vom Marxismus retten, was es auch koste“. „Also auch dann, wenn Sie halb Spanien erschossen müssten?“, fragte der Korrespondent.

Franco antwortete: „Ich wiederhole: was es auch koste.“

Der Rebellenterror hat die Form individueller Erschiessungen angenommen, kleiner Gruppenerschiesungen und von Massenhinrichtungen. Es gibt zahllose Belege. Im francofreundlichen „New York Evening Journal“ vom 5. März 1937 sagt H. R. Knickerbocker: „Als wir eines Tages bei Santa Olalla an die Front gingen, kamen wir an fünf alten Frauen vorbei, die gerade durch ein faschistisches Erschiessungskommando getötet worden waren. Ihre Körper lagen in einem Graben. Sie waren bessergestellte Bauernfrauen, sauber gekleidet und etwa sechzig Jahre alt... Etwas später stiessen wir in dem Dorf Alcorcon auf die Leichen zweier junger Mitglieder der roten Miliz; sie waren mit Eisendrähten Rücken gegen Rücken gebunden, und lebendig verbrannt.“

Um seine Rebellion einer Minderheit gegen das Volk führen zu können, hat Franco eine besondere Art des Terrors einführen müssen — den Massenterror. Die Ermordung von etwa zweitausend Antifaschisten durch Maschinengewehre in der Stierkampfarena von Badajoz ist eine geschichtliche Tatsache. Als die Rebellen Toledo einnahmen, war es der Regierung gelungen, zwei

Spitäler auszuräumen. Aber sie hatte für ein drittes keine Zeit mehr gefunden. Marokkaner, die von Spaniern geführt wurden, drangen in dieses Spital ein. Der Chefarzt trat ihnen entgegen. Er wurde durch einen Revolverschuss erledigt, und dann gingen die Rebellen-soldaten von Saal zu Saal und töteten die Verwundeten in ihren Betten mit Handgranäten. Und später töteten sie auch die Aerzte und Pflegerinnen. Dieser Bericht ist authentisch, er ist in allen Einzelheiten im englischen Abgeordnetenhaus durch Parlamentsmitglieder gegeben worden, welche eine Untersuchung eingeleitet hatten. Solche Massenmorde sind aber keine Einzeler-scheinungen. Ist doch die Zivilbevölkerung von Madrid Monate (durch von Flugzeugen bombardiert worden, als überhaupt kein militärisches Ziel zu erlangen war. Diese äusserste Grausamkeit ist nicht nur dem spanischen Bürgerkrieg, vielmehr unserer modernen Epoche eigen. Die Vernichtung der katholischen Bevölkerung von Guernica im Baskenland durch deutsche Flugzeuge und die Beschiessung von Almeria durch deutsche Kriegsschiffe sind allgemein bekannt.

Doch eine Ausrottung solchen Ausmasses wirft auf Francos politische Weltanschauung und seine künftigen Pläne manches Licht. Die Regierungstruppen könnten ihrerseits auch Zivilbevölkerung bombardieren. Es gehört keine grosse Kunst dazu, Bomben zu werfen auf so eine ausgezeichnete Zielscheibe, die eine grosse Stadt abgibt. Es hat auch wirklich nicht an Drängen auf die legale Regierung gefehlt, sie möchte doch ähnliche Vergeltungsmassnahmen für die fortgesetzte Bombardierung Madrids ausüben. Die Regierung hat diesem Drängen nicht nachgegeben. Auch ihre Flugzeuge haben vermutlich Zivilpersonen getötet, die in der nächsten Nachbarschaft von Munitionsfabriken, Flughäfen oder Eisenbahnstationen lebten, welche Angriffen ausgesetzt waren. Man kann unmöglich eine Flugzeugbombe auf

einen ganz genau bestimmten Punkt werfen. Trotzdem sind solche Fälle selten gewesen; niemals haben Regierungspiloten freiwillig eine Zivilbevölkerung als Ziel benutzt, während Francos Flugzeuge und Maschinengewehre es fortwährend getan haben. Für das verschiedene Verhalten der beiden Parteien muss es einen Grund geben. Die legale Regierung erwartet vertrauensvoll, dass sie nach Kriegsende ganz Spanien mit der Einwilligung der Regierten regieren wird. Sie hat gar keinen Anlass, unnötig Teile der Bevölkerung zu verbittern. Franco weiss aber, dass er auch, wenn er gewinnt, nur mit der eisernen Faust und mit fremden Bajonetten herrschen kann. Unter solchen Umständen wird die Meinung der Volksmassen nicht einberechnet. Er kann nicht erwarten, auf irgend eine Weise ihre Gunst zu erlangen. Dieser durch wahllose Erschiessungen erzeugte Terror bewirkt den Zustand von „Friede und Ordnung“, der manchem Beobachter im Francogebiet aufgefallen ist. Er erleichtert die Verwaltung.

6. FRANCOS SCHWIERIGKEITEN UND DIE ENDLOESUNG

Francos Problem besteht darin, eine genügende Anzahl von Spaniern zu finden, die bereit sind, für ihn zu kämpfen und ihm zum Sieg zu verhelfen; dieses Problem bleibt unlösbar. Ohne Hitler und Mussolini würde Franco unterliegen. Als davon die Rede war, ausländische Soldaten aus Spanien zu entfernen, telegraphierte der erfahrene Korrespondent der „New York Herald Tribune“, John T. Whitaker: „Man glaubt hier nicht, dass dieser Augenblick schon gekommen ist, da Franco ohne fremde Unterstützung den spanischen Regierungstruppen unterliegen würde.“ Und weiterhin: „Wenn man Spanien den Spaniern überliesse, würde die Valenciare-

gierung den Krieg gewinnen." Doch Franco hat unendlich mehr Munition aus dem Ausland bekommen als die legale Regierung und dazu noch die Hilfe von mindestens 90.000 ausgebildeten italienischen und deutschen Soldaten; dagegen hat die internationale Brigade nie aus mehr als 15.000 Freiwilligen bestanden.

Anfang Februar 1937 nahmen die Rebellen Malaga ein, den südlichen Hafen, und diesen Sieg kann man Italiens Konto zuschreiben. Entsprechend den Feststellungen der italienischen Presse berichtete am 10. Februar der römische Vertreter der „New York Times“: „Das Rückgrat der Rebellenarmee des General Gonzalo Queipo de Llano sind die 16.000 italienischen Soldaten, die Anfang Januar in Cadiz landeten. Sechzehn deutsche Bombenflugzeuge sollen auch an den Operationen teilgenommen haben. Diese Nachricht kommt aus dem offiziellen italienischen Nachrichtenbüro Stefani.“ Im März wurden mehrere italienische Divisionen an der Guadalafrontera in der berühmten Schlacht von Brihuega entscheidend geschlagen. Die Regierungstruppen nahmen zweitausend Italiener gefangen und eroberten grosse Teile italienischer Heeresausrüstung, dazu offizielle Dokumente, die aus Rom stammten. Einige Gefangene sagten aus, dass sie bei der Abfahrt aus den italienischen Häfen im Glauben waren, nach Aethiopien zu kommen. Andere waren in Ostafrika gewesen; bei ihnen fand man Photographien von nackten Abessinierinnen und allerlei Bildmaterial über die italienische Intervention, was Valencia alles im Weissbuch niedergelegt hat. Die gestern noch ungeschulten Milizen hatten Mussolinis Legionen besiegt.

Als die Italiener Bilbao angriffen, konnten ihnen die nationalistischen Basken und Katholiken nicht standhalten. Denn Valencia hatte versucht, Flugzeuge zu schicken, aber zwei Schiffsladungen mit vierundsechzig Bomben- und Jagdflugzeugen waren Franco in

die Hände gefallen. Weitere Maschinen waren in ihren ungeeigneten Hangars zerstört worden, und der spanische Bürgerkrieg hat bewiesen, dass keine Armee ohne Luftwaffe kämpfen kann. Politische Spaltung in Bilbao trug gleichfalls zum Zusammenbruch der Verteidigung bei, Bilbao erlag im Juni, Santander, der zweite Biscaya-Hafen, im August.

Um dieselbe Zeit liessen die Italiener jeden Vorwand beiseite und enthüllten ganz offen ihre Rollen in Spanien. Die Pariser „Herald Tribune“ druckt eine Nachricht aus Rom ab, in der es heisst: „Der Fall von Santander hat die italienische Regierung bewogen, die militärische Hilfe, die sie dem nationalen Spanien gewährt, öffentlich kund zu tun.“ Tatsächlich hat es die römische „La Tribuna“ andersherum dargestellt: Franco hat Italien einige Hilfe geleistet. „Dieser Sieg — sagt die Zeitung — ist seinem Wesen nach ein italienischer Sieg, ein Sieg, der mit General Francos triumphierenden Streitkräften in gemeinsamer Freundschaft gewonnen wurde.“ Als General Terruzi, der frühere Chef der faschistischen Polizei Italiens, an der Spitze italienischer Truppen in Santander einzog, telegraphierte er an Mussolini: „Alle Schwarzhemden haben ihre Pflicht aufs heldenhafteste erfüllt. Der Befehl des Duce ward ausgeführt.“ Mussolini antwortete: „Italien ist glücklich, auf spanischem Boden gekämpft zu haben.“ Dann wechselte der Duce Glückwunschtelegramme mit Franco.

Natürlich verblieb Italien im Londoner Nichteinmischungskomitee, wo es mindestens ein Jahr lang jede Intervention in Spanien abgelehnt hatte. Doch nach Santander begannen die Regierungen einzusehen, dass Italien ganz einfach Krieg in Spanien führte. Rom konnte gleichwohl unter der Maske der Unschuld gemäss Grandis Taktik im Londoner Komitee weiter behaupten, dass seine Unterseeboote und Kriegsschiffe

keine Handelsschiffe im Mittelmeer versenken. Das sei die Hand Valencias, behaupteten die Faschisten, und es fanden sich Leute, die ihnen glaubten. Valencias Unterseebootflotte, die während des ganzen Krieges nichts ausgerichtet hatte, weil sie ungenügend ausgerüstet und bemannt war, sollte plötzlich zwei spanische Regierungsschiffe versenken, die russische Waffen aus dem Schwarzen Meer nach Valencia trugen. Wäre die Welt etwas normaler, dann würden solche phantastischen Erfindungen Gelächter hervorrufen. Aber in unserer Zeit heisst Krieg nur Krieg, wenn er erklärt wird, Intervention nur Intervention, wenn die erobernden Generäle beglückwünscht werden, und Unterseebootpiraten gibt es nicht, so lange man Unschuld heuchelt.

Wenn Franco irgendeine wirkliche Stütze im spanischen Volk selbst gehabt hätte, hätte er durch die italienische und deutsche Hilfe den Krieg längst gewonnen. Doch die legale Regierung war und blieb hartnäckig, schuf sich ein streitbares Heer, stärkte ihre Wirtschaft und festigte ihre innenpolitische Stellung. Im Herzen Spaniens hat Valencia keine Niederlagen erlitten. Trotz seiner schwächeren Luftwaffe hat es einige kleinere Offensiven erfolgreich durchgeführt.

Wäre Spanien hermetisch verschlossen und die Nichtintervention verwirklicht, dann würde die legale Regierung den Krieg in ein paar Monaten gewinnen. Ausländische Hilfe hat sich viel mehr für die Rebellen ausgewirkt als für die Regierungstreuen. Würde man die Freiwilligen von beiden Seiten wegnehmen, dann wäre der Vorteil bei der Regierung. Darum zögert ja Italien, das viel stärkere Belange im Mittelmeer hat als Deutschland, auf seine Invasion in Spanien zu verzichten. Spanien ist ja nur ein Teil des geheimen Kampfes zwischen England und Italien, der das Hauptelement der nächsten zehn Jahre Geschichte sein wird. Mussolini fürchtet sich, eine Niederlage einzugestehen. Trotz-

dem könnte man ihn dazu zwingen, denn der spanische Bürgerkrieg hat sowohl die Stärke wie die Schwäche der faschistischen Staaten gezeigt. Hitler und Mussolini sind in der Lage, Franco unersetzliche Hilfe zu leisten, und zwar rasch und ohne sich um irgendjemanden zu kümmern, und nachher frech abzuleugnen, etwas derartiges getan zu haben. Die Diktatoren wussten, was sie wollten. Das war ihr Vorteil. Aber Spanien hat doch gelehrt, dass der faschistische Bluff sich leichter durchschauen lässt, als man zuerst glaubte. Das ist ihr Schaden. Die Kämpfe in Spanien zeigen, dass die deutschen und italienischen Flugzeuge und Piloten den sowjetrussischen unterlegen sind. Diese Tatsache, die sich aus zahllosen Luftschlachten über Madrid und an anderen Fronten ergeben hat, ist von Kriegssachverständigen zur Kenntnis genommen worden und in ihre Berechnungen über die Nähe eines europäischen Krieges eingegangen. Mehr noch: die Niederlage der italienischen Divisionen in Brihuega hat Italiens militärisches Prestige in Europa untergraben, und die Sachverständigen bewerten Mussolinis Armee nicht mehr so hoch. Paris, London und Moskau haben die Mängel faschistischer Waffen gesehen und die hohe Qualität derer, die von mindestens einer Nation einmal gegen sie angewandt werden könnten. Vielleicht waren die Deutschen auch enttäuscht von ihren italienischen Verbündeten, und umgekehrt. Nachdem sie ihre Kräfte in Spanien versucht haben, werden vielleicht die faschistischen Staaten nicht mehr so sehr wie vor dem spanischen Bürgerkrieg zu einer Herausforderung der demokratischen Staaten neigen. Die Sache des Friedens hat Fortschritte gemacht.

Tatsächlich hat die spanische Intervention viel von Italiens und Deutschlands beschränkten Kraftquellen verbraucht. Sie sind schwächer als vor dem 17. Juli 1937. Einige Beobachter meinen, dass die Demokratien

deshalb den spanischen Bürgerkrieg zulassen und die Teilnahme der faschistischen Nationen, weil diese Mächte dann unfähig werden, anderswo anzugreifen. Das allerdings wäre ein gefährlicher Notbehelf, und manche denken, dass so etwas wirklich in den Köpfen von Paris und London herumspukt. Aber die Wahrheit ist doch, dass der spanische Krieg die unsichere Wirtschaft und soziale Struktur Italiens und Deutschlands auf eine schwere Probe stellt.

Mit ihrer gewöhnlichen Verachtung für Demokratien und „Rote“ glaubten Deutschland und Italien, Franco könnte mit Leichtigkeit die Regierungstruppen überwältigen und ein faschistisches Spanien aufrichten. Im Sommer 1936 glaubten sie noch, dass man nur noch ein paar Flugzeugstaffeln und Maschinengewehre für den Sieg der Rebellen bräuchte. Enttäuscht, aber noch nicht belehrt, glaubten sie später, mit einer Unterstützung von Zehntausenden Deutscher und Italiener könnte Franco das Land besetzen und den Feind schlagen. Als aber auch das nicht gelang, als tatsächlich ganze italienische Divisionen geschlagen wurden, sah das Problem schon ganz anders aus. Berlin und Rom merkten jetzt, dass sie mehr in die Sache hineinsteckt hatten, als sie abgemacht hatten, dass das eine grössere Aufgabe war. Man schätzt die Kriegskosten für Deutschland in den ersten sieben Monaten auf etwa 5 Milliarden Francs. Wenn erst die Verwundeten von der spanischen Front nach Hause kommen, wird Deutschland gegen Hitlers Spanienabenteurer manches einzuwenden haben. Die Führer der Reichswehr haben sich immer gegen die Massenintervention in Spanien ausgesprochen, die sie für zu gefährlich und teuer hielten. Der kleine Mann, der seine Butter und seine Eier vermisst und für alles, was er braucht, mehr zahlen muss, damit Deutschland Kanonen hat, wird sich wundern, warum er sich eigentlich den Gürtel enger schnal-

len soll, damit Franco diese Kanonen bekommt. Die soziale Unzufriedenheit, die schon da war, beginnt zu wachsen.

Ähnliche Gefühle konnte man auch in Italien finden. John T. Whitaker beschreibt in der „New York Herald Tribune“ vom 23. Mai 1937 die Gefühle des Durchschnittsitalieners folgendermassen: „Die Italiener sind gleichwohl durch die ganze Lage beunruhigt. Der Mann auf der Strasse hört, dass Italien siebzigtausend Mann nach Spanien geschickt hat und zwei Milliarden Lire ausgegeben, und diese Mitteilung gefällt ihm gar nicht. Nach den zwei Jahren Schwierigkeiten durch den Krieg in Aethiopien sieht das italienische Volk im spanischen Kampf eine Stockung, die weit länger dauern kann.“

Die Franco gewährte Unterstützung, die bis jetzt weniger einträgt, als man ihr gegeben hat, bewirkte im Lager der Rebellen Reibereien. Das Dreieck Hitler, Mussolini und Franco lebt nicht sehr glücklich zusammen. Der deutsche Generalstab in Spanien hat bisweilen auf einem Angriffsplan bestanden und Franco auf dem anderen. Die Italiener haben manchmal noch einen dritten vorgeschlagen. So gab es allerlei Zank und Streit, und einmal, wie man aus diesbezüglichen Berichten schliessen kann, eine regelrechte Schlacht mit etlichen Unfällen in den Guadarramabergen zwischen schwarzen Marokkanern und Nazisoldaten, denen man daheim den Glauben an ihre Rassenüberlegenheit beigebracht hatte. Knickerbocker, der mehrere Monate in der Francoarmee verbrachte, sagt darüber im „New York Evening Journal“ vom 1. Mai 1937: „Die Deutschen in Spanien verachten die Italiener und hassen die Spanier. Die Italiener hassen die Deutschen und verabscheuen die Spanier. Die Spanier verabscheuen beide, die Italiener sowohl wie die Deutschen, und jeder ist krank von diesem Krieg.“

Franco zu helfen, bedeutet, Wasser in ein Sieb giesen. Die Tatsache hat auch Hitler selbst beeinflusst, und Deutschland, ängstlich darauf bedacht, trotz der Berlin—Rom-Achse England nicht allzu sehr vor den Kopf zu stossen (England rüstet stark auf), ist gegen Franco kühler geworden. Mussolini ist stärker engagiert, und er hat versucht, Berlins Eifer wieder anzufachen, indem er manchmal kleine Zwischenfälle hervorrief. Doch kann die Aussicht dem Duce nicht sehr grossartig vorkommen — siebzigtausend italienische Soldaten haben den Rebellen nicht zum Sieg verholfen, Franco wird augenscheinlich noch einmal hunderttausend Italiener für eine längere Zeit nötig haben — vielleicht für ein Jahr oder zwei —, um die Regierungstruppen zu schlagen. Kann sich Italien diese Anstrengung leisten? Weniger Hilfe zu leisten, bedeutet, den Krieg zu verlängern. Aber genug für einen Sieg zu schicken, kann England und Frankreich hineinverwickeln. Denn diese Mächte können doch kaum die Festsetzung einer Armee von zweihunderttausend Italienern zulassen.

Daraus erklärt sich Italiens schonungslose Unterseebootkampagne im Mittelmeer. Sie soll den spanischen Krieg schnell beenden, bevor sich Mussolini daran die Zähne bricht. Das kann aber nur erreicht werden, indem man die russischen Hilfssendungen davon abhält, nach Valencia zu gelangen. Wenn der grösste Teil der Biscayaküste für die Republik verloren ist, Mussolini das Mittelmeer blockiert und die französisch-spanische Grenze geschlossen ist, dann kann die legale Regierung keine Waffen bekommen und muss unterliegen. Die römische Rechnung stimmt. Aber sie lässt eine Wirklichkeit ausser acht, die seit dem Beginn des Bürgerkrieges der internationalen Lage innewohnt. Russland konnte Spanien nicht helfen ohne den guten Willen oder wenigstens ohne die Nachsicht Frankreichs und teilweise

auch Englands. Es war Stalin, der verhütet hat, dass das Blumsche Schema der Nichteinmischung die spanische Republik zugrunde richtete. Es war Stalin, der das britische Weltreich verteidigt hat und Frankreichs Seeverbindungen nach seinen afrikanischen Kolonien behütet. Wenn Stalin durch Piraterie daran verhindert würde, diese Aufgaben durchzuführen, dann müssten England und Frankreich sie selbst durchführen. Daher der Alarm, der in London und Paris entstand, als die spanischen Schiffe bei den Dardanellen gesunken waren. Es wurde sofort klar, dass Frankreich sich anschickte, seine spanische Grenze zu öffnen. Die Engländer rieten zur Vorsicht. Chamberlain verlangt den Viermächtepakt (was er Gutes tun kann, weiss niemand) und versucht darum, einen Gegensatz zwischen Deutschland und Italien zu vermeiden. Zum ersten Mal denkt Frankreich, da es von England im Mittelmeer mehr gebraucht wird, als es selbst England braucht, über eine unabhängige Politik zugunsten der legalen spanischen Regierung nach.

Es ist nicht ratsam, dem schlafenden, sehr verschütteten Selbsterhaltungstrieb der grossen Demokratien zu trauen. Könnte man ihn erwecken, so würden sie wohl nicht zulassen, dass Franco, der soviel ist wie Mussolini und Hitler, siegt. Vielleicht wird der Bürgerkrieg ausgetragen sein, bevor dieser Trieb geweckt ist.

Spanien wird keinen Frieden haben, als bis die Gegner Francos siegreich sind. Der mögliche Verlauf des Bürgerkrieges darf nicht nach irgendwelchen Sensationsnachrichten in der Presse beurteilt werden, sondern in der grösseren Perspektive der geschichtlichen Analogien und der Hauptgrundzüge. Napoleon schickte mächtige Armeen nach Spanien, Hunderttausende von Menschen. Er brachte Jahre mit dem Versuch zu, Spanien zu unterwerfen. Das misslang ihm. Das ist für Hitler und Mussolini ein schlechtes Omen. Zwischen

1914 und 1918 gewann Deutschland die meisten Schlachten, aber zum Schluss verlor es den Krieg, weil es durch innere soziale Schwierigkeiten geschwächt war und einem wirtschaftlich stärkeren Gegner gegenüberstand. Die Landkarte ist kein genauer Spiegel der militärischen Lage in Spanien. Im Dezember war Franco in den Vororten von Madrid und dennoch fast geschlagen. Nicht die Menge des eroberten Gebietes, sondern die materiellen, menschlichen und moralischen Hilfsquellen des Gegners werden den Ausgang des Krieges bestimmen. Die Frage besteht in dem heutigen Kriege nicht einfach darin, wer wen schlägt, sondern was ein Sieg, selbst ein Sieg Francos, diesen an Menschen und Waffen kostet und ob er die Regierungstreuen demoralisiert oder sie die Notwendigkeit grösserer Disziplin und engeren politischen Zusammenschlusses lehrt.

Francos Hilfsquellen sind beschränkt. Er kann vor allem mit dem rechnen, was er vom Ausland bekommt. Er braucht Geld, und wie es Knickerbocker in Hearsts „New York Evening Journal“ sagt: „Er braucht Menschenmaterial.“ Knickerbocker schreibt am 3. Mai 1937: „General Franco hat von starken Neurekrutierungen Abstand genommen, da er sich nicht in demselben Mass auf Bauern- und Arbeitersoldaten verlassen kann wie die Roten, die den Himmel auf Erden versprechen.“

Dank diesem „Versprechen“ schaffen sich die Legales eine Massenarmee, deren Kampfkraft, Offiziere und Ausrüstung noch beständig besser werden. Sie haben ausserdem den Vorteil grosser Finanzreserven. Nach den Angaben, die mir der Finanzminister Gabriel Franco am 6. April 1936 in Madrid gemacht hat, erreichten sie an die 2.227.000.000 Peseten in Gold, 686.000.000 in Silber; im September vorigen Jahres waren sie nicht geringer. Die legale Regierung verfügt über Spaniens

metallurgisches Zentrum in Barcelona, wo jetzt nach Ueberwindung zahlreicher technischer und politischer Schwierigkeiten in grösserem Ausmass Munition fabriziert wird. Für die legale Regierung bedeutet es auch eine Stärkung, dass sie sich aller Offiziere der alten Armee entledigte, deren Loyalität mehr als zweifelhaft war. Die Anwesenheit dieser Männer im Militärapparat hat manche Niederlagen und Schwierigkeiten an der Front verschuldet. Auch mag das Nachlassen der Spannungen zwischen solchen Parteien, die schliesslich doch allesamt unbedingt gegen den Faschismus kämpfen, der regierungstreuen Armee eine schärfere Schlagkraft geben. Die internationale politische Lage ist verwickelt, doch braucht man ihre Probleme nicht für immer hinauszuschieben. Es ist eine wichtige Tatsache, dass die Reserven der Valenciaregierung noch längst nicht verbraucht sind. Ja, sie sind tatsächlich kaum berührt worden. Noch hat die Regierung nicht einmal alle Möglichkeiten erschöpft, ihre Lage zu verbessern. Die Zeit arbeitet für sie. Von Monat zu Monat zeigt sich die Wirkung der Regierung, immer mehr in einer Vertiefung statt in einer Erschöpfung der Kräfte, in einer festeren Zweckmässigkeit, in einer stärkeren Volksbegeisterung. Die Regierung hat anfangs viel Zeit verloren, während die Rebellen die Initiative ergriffen und sofort hart loschlügen. Doch diesen Vorteil hat Franco verloren. Seine Lage wird immer schwieriger. Die Regierung dagegen löst immer wieder neue Energien aus. Sie fühlt sich des Enderfolges sicher.

Trotz seiner Fehlschläge kann Valencia daher weiter vertrauen. Der spanische Korrespondent der Londoner „Times“ (1. September 1937) macht das in einem Telegramm aus Valencia ganz klar: „Soweit man beurteilen kann, — schreibt er — hat die antifaschistische Oeffentlichkeit den Fall von Santander stoisch angenommen. Es ist offensichtlich, dass der Fall von San-

tander genau so wie der von Malaga und Bilbao nichts von der Entschlossenheit nimmt, den Krieg auszutragen, die Armee aufzubauen und zu kräftigen und alles für den Sieg vorzubereiten. Der oberste Kriegskommissar (Alvarez del Vayo) hat bei dieser Gelegenheit das Kennwort wiederholt, das er prägte, als Malaga fiel: „Auf eine Niederlage müssen wir mit anderthalb Siegen antworten!“

Die Ausdauer ist nicht beeinträchtigt, sondern im Gegenteil entwickelt worden während eines Jahres stetig wachsender Schwierigkeiten; mehr noch, der sichtbare Kontrast zwischen den jetzigen Möglichkeiten der Regierung und ihren vorjährigen wird zur Ermutigung. Jene furchtbaren Tage sind vorbei, als es schien, nichts könne den Marsch der rebellischen Generäle auf Madrid aufhalten. Jetzt ist die Regierungarmee eine starke Wirklichkeit, zum Siege fähig. Sie genießt das Vertrauen aller, und ihr Selbstvertrauen wächst. Die Ueberzeugung, für die Menschheit so gut wie für sich selbst zu kämpfen, ist kein geringer Faktor in der Entschlossenheit der antifaschistischen Front, jede Bresche sofort zu schliessen.“

Der Ausgang des Bürgerkriegs wird auf die internationale Lage weitgehenden Einfluss haben, auf die internationale Politik, auf die soziale Entwicklung der ganzen Welt.

Doch die wichtigste mit all diesen Problemen verflochtene Frage heisst: Spaniens Zukunft. Wird Spanien niedergedrungen werden? Erstickt im Rauch seiner niedergebrannten Städte, in all dem vergossenen Blut, das nun noch zu all seinen früheren Leiden hinzukam? Oder wird sich die spanische Nation zu neuem Leben erheben, noch erschöpft und doch schon ergriffen von einem frischen Gefühl von Selbstvertrauen? Zum ersten Mal in der Geschichte schmieden die Volksmassen im

Bürgerkrieg ihr eigenes Schicksal, und dabei werden sie bleiben, wenn der Krieg zu Ende ist. Die soziale Erhebung, die Hand in Hand mit dem Kampf ging, hat eine Gärung bewirkt, die nie mehr aufhören kann. Millionen, welche sich selbst als eine Art Zugtier ansahen, als irgend eine Art von Maschine oder bloss als ein Stück von irgend einer Maschine, sind sich endlich der Rolle bewusst geworden, die sie spielen können und sollen, um ihr eigenes Leben und das ihres Landes umzugestalten. Diese Entdeckung ist eben jener Funke, der in revolutionären Zeiten alle physischen und geistigen Kräfte entzündet, die dann die völlige Umgestaltung einer Nation bewirken. Eine ganz neue Schicht Menschheit, bis jetzt nur durch eine dünne Kruste aristokratischer Oberschicht vom Licht getrennt, drängt nach oben und verlangt Arbeit und alle Möglichkeiten. Franco müsste sie wieder hinab in die Tiefe stossen.

Auf dieses Erwachen hat Spanien allzu geduldig gewartet. Ist es doch reich an Fähigkeiten, an Natur-schätzen; vielmehr als bisher könnte es noch Europa, dar ganzen Menschheit schenken. Die Führer des antifaschistischen Spaniens, vor allem Juan Negrin, werden erregt und bewegt, wenn sie auf dieses neue Spanien zu sprechen kommen. Ingenieure werden die Flüsse regulieren und die ausgedörrten Felder Kastiliens, Andalusiens und Estremaduras bewässern. Diese Erde wird bessere Ernten hergeben und dann das leidende Bauernvolk endlich ernähren, gesund machen und erziehen. Eisenbahnlinien und Häfen müssen geschaffen werden, neue Bergwerke gebohrt und aller Reichtum des Landes so ausgenutzt, dass Alle, nicht einzelne Bevorzugte, ihn genießen. Die unverdorbenen, eben erst aus dem Volk nach oben gestiegenen Führer dieser neuen Gesellschaft werden, der Erde ganz andere Schätze abringen. Neue Industrien werden geschaffen werden, an denen sich alle Kräfte des Volkes entfalten können

und ihm dann Reichtum, Freude und Musse gewähren. Spanien wird nach Europa zurückkehren und seinerseits an der Neugestaltung Europas mithelfen.

Wenn der Tod das Schlachtfeld verlässt, wird eine Nation wiedergeboren werden. Das allein rechtfertigt das Blutbad. Ein Spanien, das wieder in seinen feudalen Schlaf zurücksänke, wäre ein Hohn für die Toten und eine Qual für die Lebenden.



IMPRIMERIE COOPÉRATIVE ÉTOILE
18-20, Fbg. du Temple, Paris (11^e)